Zeitschrift für Sozialismus

Jahrgang 2 März 1935 Nummer 18

Das Londoner Abkommen

Von Richard Kern.

Eine Phase der europäischen Außenpolitik ist zu Ende, eine neue beginnt. Der erste Abschnitt ist bestimmt durch die Aufrüstung Deutschlands, die auf keine entschlossene Abwehr Frankreichs stieß und durch Englands Passivität gefördert wurde. Eine wesentliche Verantwortung für die Entwicklung fällt auf die Labour Party. Sie hat die durch die Machtergreifung Hitlers geschaffene Situation völlig verkannt. Aus Haß des Krieges hat sie die Kriegsvorbereitungen Deutschlands ruhig hingenommen. Sie hat durch eine skrupellose Ausnutzung des starken Friedensbedürfnisses aller Schichten des englischen Volkes ihre innerpolitischen Wahlsiege organisiert, der »Daily Herald« hat die antifranzösischen Sentiments immerfort angestachelt und den Friedensreden Hitlers seinen Kredit gegeben. Die Labour Party hat so jedes wirksame feste Auftreten der englischen Regierung verhindert, um so leichter, da in der Regierung Macdonalds selbst über die Führung der Außenpolitik keine Einigkeit bestand. Die Haltung der Labour Party hat zugleich jede Außenpolitik, der sozialistischen Internationale unmöglich gemacht und die Internationale, deren Außenpolitik nach der Niederlage der deutschen Partei wesentlich nur auf dem Zusammenwirken der französischen und englischen Partei beruhen kann, völlig gelähmt. Von einer kommunistischen Internationale braucht man nicht zu sprechen, da sie in Wirklichkeit nicht existiert.

Nach der Machtübernahme Hitlers und noch mehrere Monate später war die Verhinderung der deutschen Aufrüstung ohne Risiko. Dazu hätte es nicht einmal der Ergreifung all der wirtschaftlichen und finanziellen Druckmittel bedurft, die Léon Blum für den Fall der Weigerung Deutschlands, einer Abrüstungskonvention beizutreten, befürwortet. Die energische Forderung Englands und Frankreichs mit seinen Bundesgenossen, zu denen damals noch Polen gehörte, zunächst die Vertragsbestimmungen über die Abrüstung einzuhalten, bevor die Verhandlungen über eine allgemeine Konvention fortgesetzt werden, hätte genügt, um sowohl die künftige Kriegsgefahr zu bannen als auch eine Abrüstungskonvention zu erreichen. Die Reichswehr kannte zu genau die militärische Schwäche des noch ganz ungenügend gerüsteten Staates, um ein kriegerisches Abenteuer mit sicherer Niederlage zuzulassen.

Das ist vorbei. Deutschland hat heute die »Gefahrenzone« durchschritten. Es ist wieder eine Militärmacht, deren Stärke unausgesetzt

wächst. Zur Luft ist es im Begriff, die Ueberlegenheit über die vereinte englische und französische Luftstreitkraft zu gewinnen, wenn es sie nicht schon besitzt. Zu Lande ist die Ausbildung der Reserven für die Reichswehr ebenso in vollem Gang wie die Bereitstellung des nötigen Kriegsmaterials und die Organisierung der Industrie für den Kriegsfall. Die militärische Schwäche Deutschlands war aber die einzige Sicherheit für den europäischen Frieden, nachdem die politische Sicherheit, die ein wirksamer Friedenswille seiner Bevölkerung darstellen konnte, durch den Sieg der nationalsozialistischen Diktatur beseitigt war.

Deutschland hat so am Ende der ersten Phase den Teil V der Versailler Entwaffnungsbestimmungen außer Kraft gesetzt. Diese vollzogene Tatsache war notwendigerweise der Ausgangspunkt der Politik Barthous. Die damalige Haltung Englands und Mussolinis, dem Macdonald und Henderson eine Art Schiedsrichterrolle über Mitteleuropa zugestanden hatten, sowie die Schwäche der französischen, infolge der sozialistischen Taktik durcheinanderpurzelnden Linksregierungen hatten ein direktes Vorgehen gegen die deutsche Aufrüstung unmöglich gemacht. Dieselbe englische und italienische Haltung machte auch den Abschluß einer Abrüstungskonvention ohne Deutschland, die dann Hitler aufgezwungen werden sollte, — die Idee der französischen Sozialisten — von vornherein zur Chimäre. Denn beide Mächte wollten damals nur mit Deutschland zusammen verhandeln und waren geneigt, die größten Zugeständnisse an die deutsche Aufrüstung zu machen, um dafür die deutsche Verhandlungsbereitschaft einzutauschen.

Die englisch-italienische Politik erlag zwei Illusionen. Sie unterschätzte den Inhalt der deutschen Gleichberechtigungsforderung. Sie vermeinte, daß Deutschland sich mit einer formellen Anerkennung seiner militärischen Souveränität begnügen, aber sich mit einer die Friedenssicherheit gewährenden namentlich das französische Sicherheitsbedürfnis respektierenden Beschränkung seiner Militärmacht abfinden werde, die durch einen Vertrag gesichert würde. Zum zweiten war es eine Illusion, zu meinen, Deutschland würde sich durch Verträge überhaupt binden lassen. Es sind Illusionen. die auch heute noch von der Labour Party vertreten werden.

Barthou begriff, daß das Problem der Friedenssicherung wieder ein rein militärisches zu werden drohte. Sobald Staaten vorhanden sind, für die die militärische Ueberlegenheit und in letzter Instanz der Krieg ein Mittel der Politik ist, Staaten, deren Regierungsform die Macht und den Willen, zum Kriege zu schreiten, in sich enthält, ist der Krieg nur dann mit Sicherheit auszuschließen, wenn die Siegeschance für den Angreifer militärisch ausgeschlossen ist. Es ist dann nur noch die Ungleichheit der militärischen Stärke und nicht die »Gleichberechtigung«, die den Frieden sichert. Deshalb war die Anerkennung der unbestimmten und unendlich ausdehnungsfähigen Gleichberechtigungsforderung der nationalistischen Regierung Papen durch die Westmächte in Wirklichkeit der Beginn der Kriegsgefahr.

Barthou suchte die Ungleichheit der Chance, die durch die fort-

schreitende deutsche Aufrüstung verloren gegangen war, durch eine neue Konstellation wieder herzustellen. Die deutsche Politik kam ihm dabei zu Hilfe. Noch in seiner ersten Reichstagsrede hatte Hitler sich für die Kontinuität der bisherigen Außenpolitik eingesetzt. Der Kampf gegen den deutschen Kommunismus sei eine innere Angelegenheit, die gute Beziehungen zur russischen Regierung keineswegs ausschließe. Die sowjetregierung, die ja auch mit dem italienischen Faschismus gute, zeitweise freundschaftliche Beziehungen unterhielt, akzeptierte das Angebot. Der Rapallovertrag wurde erneuert und ist formell heute noch in Kraft. Intensiver betrieb die deutsche Politik die Annäherung an Italien, die zeitweise insbesondere in dem kritischen Zeitpunkt des Austritts aus dem Völkerbund eine enge Kooperation war. Mussolini hat damals entscheidend dazu beigetragen, daß Hitler auch diesen kritischen Augenblick ohne Fährnis überstehen konnte. Seine hohe Staatsmannskunst bestand darin, sich einen gefährlichen Gegner heranzuziehen.

Mit dem Fortschreiten der Aufrüstung, mit der steigenden militärischen Macht und mit der Erkenntnis der Handlungsfähigkeit der anderen Staaten wuchs die Selbständigkeit der deutschen Politik. Sie war entschlossen, auf militärischem Gebiete die volle Souveränität in Anspruch zu nehmen, der Gleichberechtigungsforderung jetzt auch die deutsche Sicherheitsforderung hinzuzufügen, die allein durch die militärische Ueberlegenheit nicht nur über Frankreich, sondern über Frankreich und seine etwaigen Bundesgenossen erfüllt werden kann. Sie nahm zugleich die Wendung zur Großraumpolitik im Osten, gegen Rußland, und stellte die Entente mit dem Polen Pilsudskys her. Sie erneuerte das alldeutsche Ziel der Wiedervereinigung der Auslandsdeutschen, deren erste Etappe Oesterreich hieß.

Barthou nutzte die geänderte Konstellation. Rußland, im Osten von Japan, im Westen von Deutschland und Polen bedroht, schloß die Nicht-Angriffspakte mit seinen Nachbarn und vollzog den Eintritt in die verfehmte »Organisation der imperialistischen Räuber«, den Völkerbund, um eine enge Kooperation mit Frankreich, später womöglich auch mit England zu bewerkstelligen. Mussolini erntete die Früchte seiner staatsmännischen Einsicht, als in Wien Dollfuß ermordet wurde und er am Brenner zwei Armeekorps gegen Deutschland mobilisieren ließ. Hitler hatte der französischen Diplomatie die Möglichkeit zur neuen Aktivität, zu einer Rekonstruktion der europäischen Lage auf neuer Basis gegeben.

Mit seiner Note vom 17. April 1934 setzte Barthou dem Macdonald-Henderson'schen Geduldspiel mit der Abrüstungskonvention ein Ende. Das Spiel hatte längst keinen anderen Sinn, als Hitler neue Zeit zu geben, seine Aufrüstung ungehindert fortzusetzen und der englischen Politik eine geschäftige Untätigkeit zu gestatten. Barthou verstärkte den alten Bund mit der Petite Entente, unterstützte die Konsolidierung, die sich auf dem Balkan durch die Wiederherstellung der rumänisch-russischen Beziehungen und die Bildung des Balkanbundes vollzog, gestaltete das Verhältnis zu Rußland zu einer weitgehenden Kooperation und bereitete die

Neuordnung mit Italien vor. Da wurde er in Marseille ermordet ... Hitler hatte wieder einmal — Glück.

Barthous Konzeption, die heute die Frankreichs ist, hat mit großen objektiven Schwierigkeiten zu kämpfen. Sie setzt voraus die Beilegung aller sonstigen Gegensätze zwischen den europäischen Staaten und ihre Auflösung in den einen großen Gegensatz der friedensbereiten Staaten gegen eine deutsche Angriffsmöglichkeit. Also Beilegung des französisch-italienischen Gegensatzes vorerst auf dem afrikanischen Kolonialgebiete, Beilegung der italienisch-jugoslawischen Konfliktsmöglichkeiten über die Beherrschung der Adria und des Einflusses auf dem Balkan; Beilegung der Rivalität Italiens und der Petite Entente um den Einfluß in Oesterreich und dem mitteleuropäischen Raum, um nur die wichtigsten Probleme anzudeuten. Und für die Schlichtung all dieser Konfliktsmöglichkeiten muß Frankreich unter Umständen selbst mit Konzessionen zahlen. Werden sie ausreichen? Kann nicht jede Konzession, die heute z. B. dem italienischen Faschismus gewährt wird, morgen schon wieder Ausgangspunkt neuer Forderungen werden? Ist die Situation in Ländern wie Jugoslawien, Griechenland oder Rumänien wirklich so stabil, daß eine Aenderung ihrer Außenpolitik, der Versuch einer Annäherung an Deutschland nach polnischem Muster ausgeschlossen ist?

Das ganze System erscheint so außerordentlich labil und fordert dringend die Stabilisierung. Sie soll erfolgen in Form der Regionalpakte, in denen sich die Teilnehmer zur gegenseitigen Hilfeleistung gegen jeden Angriff durch eine dritte Macht verpflichten und so dem Angreifer eine überlegene militärische Uebermacht entgegenstellen, die die Ungleichheit der Chance sichert, den Angriff und den Krieg ausschließt.

Das ist die Konzeption des Ostpaktes, dem außer Frankreich und Rußland, Polen, die baltischen Staaten, Rumänien und die Tschechoslowakei angehören sollen, ebenso wie des mitteleuropäischen Paktes, der Frankreich, Italien, Oesterreich und seine Nachbarstaaten vereinigen soll. Deutschland soll diesen Pakten beitreten. Seine Außenpolitik wird dadurch gerade in den beiden Richtungen gebunden, in denen bisher ihre Aggressivität zu erkennen war, in der Richtung gegen den Osten, gegen die baltischen Staaten, Rußland und die Tschechoslowakei sowie gegen Oesterreich. Ist durch das Zustandekommen der Pakte eine Friedenssicherung gegeben, so kann dann der Abschluß einer Rüstungsbegrenzung im Rahmen von Genf mit Deutschland aufs neue versucht werden.

Es ist klar, daß diese Konzeption einen ganz anderen Charakter hat als die verschiedenen Konzeptionen einer reinen Abrüstung. Diese sind durch die heute als unwiderruflich angesehene Tatsache der deutschen Aufrüstung zunächst erledigt. Denn bei den neuen Pakten handelt es sich um eine neue Form von Militärbündnissen. Es ist ja klar, daß ihre Wirksamkeit nur so lange besteht, als die militärische Ueberlegenheit der anderen Teilnehmer einen etwaigen Angriff einer Macht aussichtslos macht. Der militärische Charakter wird dabei nur wenig durch den Umstand modifiziert, ob der etwaige Angreifer dem Pakt beigetreten ist und damit zunächst wenigstens eine gewisse Bindung anerkennt oder nicht.

Denn sein Beitritt macht eine dauernde militärische Zusammenarbeit der anderen Mächte nicht überflüssig; sie wird erst recht zur Notwendigkeit, wenn der Beitritt verweigert wird. Sie wird auch durch den Abschluß einer Rüstungskonvention nicht beseitigt, da eine solche nur für die Zeit ihres Bestandes vielleicht das Wettrüsten ausschließt, aber an der Tatsache der militärischen Bereitschaft nichts ändert.

Aber auch der Abschluß der Regionalpakte mit oder ohne Deutschland vermindert zwar die Labilität einer solchen Neuordnung, hebt sie aber noch nicht völlig auf. Dies würde nur der Fall sein bei Garantie des ganzen Systems durch England.

England ist zunächst nur interessiert an der Aufrechterhaltung des Friedens; dieses Interesse überragt bei ihm im Gegensatz zu allen anderen Teilnehmern das Interesse an der Ordnung der mittel- und osteuropäischen Einzelfragen; denn Englands Einflußsphären in Europa werden dadurch wenig berührt und treten für die englische Politik an Bedeutung gegenüber seinen imperialen Problemen völlig in den Hintergrund. Aber Englands Stellung ist entscheidend für die Italiens. Eine Festlegung Englands bedeutet für Frankreich zugleich die Sicherung dieses unzuverlässigsten und gleichzeitig wichtigsten Partners. Englands Stellung ist entscheidend für das Machtübergewicht, und die Herbeiführung dieses Machtübergewichts würde den kleineren unter den Mächten die Wahlfreiheit zwischen Deutschland und Frankreich nehmen. Schließlich ist Englands Stellung von großem Gewicht für das Verhalten Japans gegen Rußland.

Die Konsolidierung der von Frankreich gewünschten Ordnung erfordert also den Beitritt Englands. Erst dadurch würde das französische Ziel gesichert sein. Die Abmachungen von London rücken dies Ziel in greifbare Nähe. England befürwortet den Abschluß des Ostpaktes. Es unterstützt den mitteleuropäischen Pakt durch seine Bereitwilligkeit, im Falle der Bedrohung der Unabhängigkeit Oesterreichs an den Beratungen zu dessen Schutz teilzunehmen. Zugleich mit diesen Pakten soll nach Rückkehr Deutschlands nach Genf unter Aufhebung der Versailler Entwaffnungsbestimmungen eine neue Rüstungsbegrenzung beschlossen werden. Soweit nimmt England die französischen Ziele auf. Darüber hinaus aber wird ein neues aufgestellt. Der Locarno-Vertrag erfährt eine wesentliche Aenderung und Erweiterung. Die bisherige Garantie der deutschen und französischen Grenze durch England wird vervollständigt durch eine gegenseitige Garantie Englands und Frankreichs gegen einen Luftangriff. Die beiden Mächte verpflichten sich, einander bei einem Luftangriff auf ihr Territorium sofort zu Hilfe zu kommen, und zwar ohne vorherige Konsultation des Völkerbundes, wie sie im Locarnovertrag zur Konstatierung des Angreifers vorgesehen ist. Die anderen Locarnomächte, Deutschland, Belgien und Italien werden zum Beitritt aufgefordert.

Von den Londoner Abmachungen ist die Luftkonvention die bedeutsamste. Sie ist zunächst die für England lebenswichtige. Die deutsche Luftrüstung hat für die englisch-französische Verständigung dieselbe Wirkung geübt wie einst der Tirpitz-Wilhelminische Flottenbau. Die Luftkonvention bedingt das militärische Zusammenarbeiten

Frankreichs und Englands zunächst auf diesem Gebiet. Aber das Zusammenwirken auf einem militärischen Gebiet zieht das auf anderen nach sich. Und diese Kooperation liegt nicht mehr bei wechselnden Regierungen, sondern bei den bleibenden Generalstäben. Das Luft-Locarno ist nichts anderes als das militärische Defensivbündnis zur Luft zwischen England und Frankreich, das in sich selbst das allgemeine Defensivbündnis einschließt. Sein definitiver Abschluß hängt nur an dem Willen der beiden Mächte und bedarf keiner anderen Zustimmung.

Das Londoner Abkommen ist die Skizze einer neuen europäischen Regelung auf Grundlage der vollzogenen Tatsache der deutschen Aufrüstung. Sie stellt den Versuch dar, die deutsche Außenpolitik durch ein Vertragssystem zu binden und ihre Agressivität zu hemmen. Dieser Versuch setzt aber die militärische Ueberlegenheit der Vertragspartner gegen den deutschen Angreifer voraus. Das setzt zugleich der geplanten neuen Rüstungskonvention ihre Grenzen. Sie kann nicht mehr die »allgemeine Abrüstung« zum Inhalt haben, sondern eine Begrenzung, die das Wettrüsten hindert, ohne die überlegene Abwehrkraft der Staaten gegen den etwaigen Angreifer zu gefährden. Sie anerkennt die deutsche Rüstung, aber sie will ihre Verwendbarkeit ausschalten. Die Hoffnung bleibt, daß die Einsicht in die Unverwendbarkeit irgend einmal zu einer weiteren Abrüstung führen könnte. Es sind Gedankengänge, denen auch die Note der Sowjetregierung über das Londoner Abkommen klaren Ausdruck verliehen hat.

Die deutsche Antwort war so, wie sie sein mußte. Gerade der Zwang zur Beschränkung ihrer Ziele, der in dem Ost- und mitteleuropäischen Pakt enthalten ist, ist der deutschen Politik unerträglich. Auf militärischem Gebiet fordert diese Politik volle Souveränität. Sie verstärkt die Gleichberechtigungsforderung durch die der Sicherheit, die eine genügende militärische Stärke nicht nur gegenüber Frankreich, sondern auch gegenüber der Petite Entente und Sowjet-Rußland gewährleistet. Zudem erfordert die militärische Souveränität, ohne die die nationale Ehre nicht wiedergewonnen ist, auch die Aufhebung der demilitarisierten Zone. Die deutsche Antwort erklärt sich deshalb nur bereit, aus dem Londoner Gesamtplan einen Punkt herauszugreifen: die Luftkonvention. An dieser teilzunehmen, würde sie prinzipiell geneigt sein. Denn diese Teilnahme würde ja die Anerkennung der deutschen militärischen Luftflotte, also die Beseitigung der Versailler Vertragsbestimmungen in sich schließen. Sie würde auch an der deutschen Außenpolitik zunächst nichts ändern. Denn diese richtet sich heute und jetzt nicht direkt gegen den Westen. Daß England im Ernstfall Frankreich zu Hilfe kommen muß, ist auch der deutschen Außenpolitik nicht verborgen. Der Luftpakt ist nicht zu verhindern. Tritt man ihm bei, dann gelingt es vielleicht, die Befürchtungen Englands über die deutsche Luftrüstung zu vermindern und England von der Unterstützung der weitergehenden französischen Ziele abzuhalten. Der Unterstützung der Labour Party hält man sich dabei für sicher.

Die deutsche Antwort läßt die Stellung zu den Pakten, zur Rückkehr nach Genf, zur Schließung einer Rüstungsbegrenzungskonvention im Dun-

keln. Umso klarer wird die Ablehnung besonders des Ostpaktes und jeder Einschränkung der militärischen Souveränität in der deutschen Presse ausgesprochen. In Separatverhandlungen mit England will man den Versuch machen, zu erkunden, wie weit die englisch-französische Kooperation zu erschüttern ist. Auf alle Fälle wird Zeit gewonnen, um das für 1935 vorgesehene Ausmaß der Rüstungssteigerung zu erreichen.

Welchen Erfolg die deutsche Politik haben wird, steht dahin. Englands Friedensbedürfnis ist sehr stark. England weiß, daß ein neuer Krieg das Ende des Imperiums bedeuten kann. Es braucht Friedenssicherheit, um seine wirtschaftliche Erholung fortsetzen zu können. Es sieht sich in Indien, es sieht sich durch die Kündigung des Flottenabkommens durch Japan im Fernen Osten vor neue schwere Probleme gestellt. Das englische Friedensbedürfnis wird von der Labour Party innerpolitisch rücksichtslos ausgebeutet. Ist nicht der Friedensschluß mit Deutschland um jeden Preis, wie ihn der »Daily Herald« propagiert, das Beste? Aber ist es denn der Friedensschluß? Bedeutet denn das Fallenlassen der Pakte irgend eine Sicherheit? Läßt England neuerdings Frankreich im Stich, geht die deutsche Aufrüstung weiter, bleibt Rußland von der Gefahr im Westen und Osten in gleicher Weise bedroht, zwingt man denn dann nicht Frankreich zu isolierten Militärbündnissen, eröffnet man nicht erst recht den Rüstungswettlauf und steigert die Kriegsgefahr?

Die europäische Situation wird noch kompliziert durch die fernasiatische, neuerdings durch die nordafrikanische. Die Japaner rechtfertigen ihren Ruf als die Preußen des Ostens. Ihr Gegensatz zu Rußland hat sie Deutschland und Polen genähert. Sie drohen China an ihre Seite zu bringen. Oekonomisch und machtpolitisch fühlen sich England, seine Dominions und die Vereinigten Staaten bedroht. Nordafrika ist von einer unheimlichen Gärung erfaßt, und der Verlauf des abessinisch-italienischen Konflikts bleibt im Ungewissen.

England sucht den Frieden. Es wird verhandeln. Unsicher bleibt, ob Deutschland sich mit Konzessionen begnügt, die für Frankreich und Rußland vom Standpunkt ihrer Selbsterhaltung noch erträglich sind. Groß ist der Raum für eine Verständigungsmöglichkeit zwischen dem wiederaufgerüsteten, vom Siegesgefühl geschwollenen, nationalistischen, militaristischen Reich und den Westmächten nicht. Denn Deutschland glaubt, nicht viel fürchten zu müssen. Isolierung? Aber in der Isolierung hat es seine militärische Stärke wiederhergestellt, hat es Oesterreich überfallen, die Saar wiedererlangt und ununterbrochen die Umwerbungen Englands erfahren. Fortdauer der Isolierung, Fortdauer des faktisch vertragslosen Zustandes bedeutet Fortdauer der militärischen Erstarkung, des einzigen Faktors, der im deutschen Bewußtsein zählt. In schwacher Haltung erscheint England, in starker Deutschland bei dem Beginn der Verhandlungen und schon einmal hat England durch Unentschlossenheit schließlich den Krieg herbeigeführt.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik hat die Konterrevolution einen großen Teil ihres Weges zurückgelegt. Nach dem Fall der drei großen Militärmonarchien — Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Rußland

— schien eine neue Außenpolitik des auf Sicherheit durch Abrüstung und Schiedsgericht beruhenden, organisierten Friedens in einer demokratisierten Welt in den Bereich der Möglichkeit zu rücken. Die Wiederherstellung absolutistischer Militärstaaten — Deutschlands, Japans, Italiens — hat diese Möglichkeit verschüttet. Die Außenpolitik ist wieder zurückgeworfen auf die alten Mittel der militärischen Machtbehauptung mit ihrem Wettrüsten und ihren Allianzen. Die faschistischen Systeme sind unvereinbar mit wirklicher Friedenssicherung. Es ist eben nicht wahr, daß die Außenpolitik unabhängig von der Gestaltung der Innenpolitik ist und es bleibt nutzlos um des Friedens willen die blutige Hand des Faschisten zu drücken. Erst der Sturz der despotisch-militaristischen Systeme sichert in der wiedererrungenen Freiheit auch den Frieden. Bis dahin bleibt gegen die Gefahr des Angreifers der Schutz nur die stärkere Abwehrkraft der Friedenswilligen.

Das Ende der deutschen Selbstverwaltung

Von Ernst Anders.

I.

Das Ende der Freiheit war auch das Ende der Selbstverwaltung in Deutschland. Selbstverwaltung verträgt sich nicht mit den Herrschaftsprinzipien der Diktatur und kein diktatorisches Regime kann es wagen, auch nur in den untersten Zellen des Staates die Elemente echter Selbstverwaltung — freie Meinungsäußerung und Selbstverantwortung — unangetastet zu lassen. Der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gemeindetages hat kürzlich den klassischen Ausspruch getan: »Die Frage, ob in einem Führerstaat eine Selbstverwaltung überhaupt möglich sei, muß ebenso bejaht werden wie die Frage, ob eine Freiheit in einem Führerstaat möglich sei.« Die Vernichtung der deutschen Selbstverwaltung war denn auch eine der ersten Regierungstaten der Nationalsozialisten. Sie vollzog sich auf verschiedenen Wegen. Zunächst einmal durch die einzelnen Akte der Gleichschaltung, die erst die Kommunisten, dann die Sozialdemokraten und endlich auch die anderen oppositionellen Parteien aus den Gemeindevertretungen entfernten. Dann durch die serienweise Ersetzung von Gemeindevorstehern und Bürgermeistern durch Nationalsozialisten oder durch Einsetzung von nationalsozialistischen Staatskommissaren wie z. B. in Berlin. Schließlich aber auch durch die Einwirkung der NSDAP, deren Kreis- und Gauleiter sich praktisch weitgehende Mitwirkungs- und Aufsichtsrechte in der Kommunalverwaltung anmaßten. Die Gemeindeverwaltung ist zweifellos der Zweig der öffentlichen Verwaltung in Deutschland, in den die NSDAP am stärksten eingeschaltet wurde.

Diese Entwicklung, die sich schon in den ersten Monaten nach dem Umsturz überall durchsetzte, hat nicht in allen Ländern gleichmäßig ihre

spätere gesetzliche Sanktionierung erfahren. Nur Preußen hat schon Ende 1933 eine neue Gemeindeordnung (neben einem neuen Gemeindefinanzgesetz) erlassen, das die Vernichtung der Selbstverwaltung, die durch die tatsächlichen Ereignisse bereits vollzogen war, auch gesetzmäßig besiegelte.

Dieses Gesetz führte das »Führerprinzip« in der Gemeindeverwaltung durch und übertrug den Bürgermeistern, Gemeinde- und Dorfschulzen die ausschließliche Verantwortung für die Leitung der Gemeinden. Es beseitigte die Wahl der Bürgermeister und setzte an ihre Stelle die Ernennung durch den Innenminister oder die Oberpräsidenten. An die Stelle der gewählten Gemeindevertretung trat ein Gemeinderat, den der Bürgermeister mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde ernannte. Schließlich war auch für die Wahrung der Einheit von Partei und Staat — welches Schlagwort allerdings damals noch nicht erfunden war — dadurch gesorgt, daß der zuständige politische Leiter der NSDAP und der rangälteste SA- oder SS-Führer des Ortes kraft ihrer Parteistellungen zu Mitgliedern des Gemeinderates bestimmt wurden.

Außer in Preußen ist nur in Württemberg eine wesentliche Neuordnung des Kommunalrechts erfolgt. In den meisten anderen Ländern blieb es bei einigen notdürftigen Korrekturen über die Bestellung der Bürgermeister und die Einschaltung der NSDAP in die Kommunalverwaltung. In Sachsen wurde vor einigen Monaten der Erlaß einer neuen Gemeindeordnung angekündigt. Die Neuordnung des württembergischen Kommunalrechts Anfang 1934 unterschied sich insofern wesentlich vom preußischen Gemeindeverfassungsgesetz als den Gemeinderäten noch das Recht eingeräumt wurde, Beschlüsse zu fassen, gegen die allerdings dem Gemeindevorsteher der Einspruch und die Anrufung der Aufsichtsbehörde zustanden. Auch einige andere Bestimmungen der damals neu erlassenen Kreisordnung zeigten in diesem deutschen Lande mit der ältesten demokratischen Tradition das Bemühen, wenigstens einige bescheidene Reste der Selbstverwaltung zu erhalten. Jetzt sind auch diese Reste durch die neue Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 vernichtet worden.

Die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar bringt diese Entwicklung zum Abschluß. Sie überträgt in der Hauptsache die Regelung des preußischen Gemeindeverfassungsgesetzes auf die übrigen Länder. Der Bürgermeister wird selbstverständlich nicht gewählt, sondern ernannt. Er »führt die Verwaltung in voller ausschließlicher Verantwortung« (§ 32, Abs. 1) und »die dem Führergrundsatz wesentliche Autorität nach unten und Verantwortung nach oben verbieten die Kontrolle des Leiters der Gemeinde von unten her« (amtliche Begründung). Ebenso entspricht die Stellung des Gemeinderates derjenigen in der preußischen Regelung. Auch hier keine Wahl, sondern Ernennung, auch hier kein Beschlußrecht, sondern nur noch beratende Funktionen. Diese Gemeinderäte sind nach einer Erklärung des Staatssekretärs Grauert vom Reichsinnenministerium bewußt dem Preußischen Staatsrat nachgebildet

und sollen in Zukunft auch für die Kreise und die noch zu schaffenden Reichsgaue eingerichtet werden.

Milderungen gegenüber der preußischen Regelung, die allerdings ganz bedeutungslos sind, können vielleicht in zwei abweichenden Vorschriften erblickt werden: 1. Während nach dem preußischen Gemeindeverfassungsgesetz der Staat den einzelnen Städten und Gemeinden Stadtbriefe oder Gemeindebriefe verlieh, die Ausführungsvorschriften zum Gemeindeverfassungsgesetz für die einzelnen Gemeinden enthielten, haben jetzt die Gemeinden das Recht erhalten, diese Ausführungsvorschriften, die sogenannte Hauptsatzung, selbst aufzustellen, sind dabei aber an die Genehmigung der Aufsichtsbehörde gebunden. 2. Unter der preußischen Regelung hatte der Gemeinderat mit der Rechnungslegung nach Schluß des Rechnungsjahres überhaupt nichts zu tun; die Gemeindeordnung sieht wenigstens vor, daß die Rechnung den Gemeinderäten vor und nach der Prüfung durch die Aufsichtsbehörde zur Einsicht vorgelegt wird.

In keinem Fall können die Gemeinderäte einen Beschluß fassen. Sie haben nichts zu sagen, aber sie müssen sich »äußern«. Auf Verlangen des Bürgermeisters »haben sich die einzelnen Gemeinderäte zu bestimmten Beratungsgegenständen zu äußern. Sie sind zur Aeußerung verpflichtet, wenn ihre Meinung von der des Bürgermeisters abweicht«. (§ 57, Abs. 2.) Diese Bestimmung allein ist schon ein Kulturdokument. Es fragt sich nur, ob man aus den einzelnen Gemeinderäten etwas herausbringen wird, solange eine Ausführungsbestimmung darüber fehlt, daß wegen solcher Aeußerungen eine Verbringung ins Konzentrationslager, ebenso wie die Inszenierung der Volksempörung unstatthaft ist.

Der völligen Entmachtung der Gemeindevertretung steht die maßlose Ausdehnung der Staatsaufsicht gegenüber. Zum Wesen der Selbstverwaltung gehört neben dem Recht, über die eigenen Angelegenheiten selbständig zu beschließen, die Sicherung gegen Uebergriffe des Staates. Diese Sicherung bestand früher darin, daß die Staatsaufsicht sich nur auf die Gesetzmäßigkeit der kommunalen Verwaltungstätigkeit, nicht auch auf ihre Zweckmäßigkeit erstreckte, und daß außerdem der Gemeinde der Rechtsweg gegen Entscheidungen der Aufsichtsbehörde offen stand. Beide Sicherungen sind jetzt beseitigt. »Der Staat beaufsichtigt die Gemeinde, um sicherzustellen, daß sie in Einklang mit den Gesetzen und den Zielen der Staatsführung verwaltet wird« (§ 106) und gegen Anordnungen der Aufsichtsbehörde hat die Gemeinde nur die Möglichkeit, die nächsthöhere Aufsichtsbehörde anzurufen, die dann endgültig entscheidet. (§ 113.) Der Gesetzgeber hat nicht mehr die Sorge, wie er die Gemeinden in ihren Selbstverwaltungsrechten schützt, sondern umgekehrt die, wie er den Staat davor bewahrt, daß ihm etwa von den Gemeinden her eine Gegnerschaft erwächst. Deshalb müssen die Aufsichtsbehörden laufend darüber wachen, daß die Kommunalverwaltung überall im Einklang mit den »Zielen der Staatsführung« steht. Obgleich die Selbstverwaltung völlig zerschlagen ist, obgleich es keine gewählten Bürgermeister und Gemeindevertretungen mehr gibt, ist die Angst der Staatsführung vor jeder Art von Opposition so groß, daß es ihr notwendig

scheint, wie die amtliche Begründung sich ausdrückt, »die Gemeinden und ihre Verwaltung im Sinne engster Staatsverbundenheit so fest in das Staatsganze einzubauen, daß ein Kampf, ja ein gegensätzliches Verhalten gegen den Staat in grundsätzlichen Zielen der Staatsführung und in der Erfüllung gesamtdeutscher Aufgaben völlig ausgeschlossen ist.«

Alle diese Vorschriften, die die restlose Zerschlagung der deutschen Selbstverwaltung bedeuten, legalisieren im wesentlichen nur den bereits tatsächlich bestehenden Zustand. Eine Aenderung gegenüber diesem Zustand und damit auch wesentliche Abweichungen vom preußischen Gemeindeverfassungsgesetz bringt die Gemeindeordnung dagegen bei der Regelung des Verhältnisses der Parteiinstanzen zur Kommunalverwaltung. Der bestehende Zustand war bisher vor allem durch immer wieder neu entstehende Reibungen zwischen Partei und Gemeindeverwaltung charakterisiert, die auch da auftraten, wo auf beiden Seiten Nationalsozialisten standen. Diese Reibungen ergaben sich aus den Bestrebungen der Kreis- und Gauleiter der Partei, sich eine Art Oberaufsicht über die Gemeinden ihres Bezirkes anzumaßen. Sie führten schließlich zu einer so starken Beeinträchtigung geordneter Verwaltungsführung, daß sogar auf einer Sondertagung des Amtes für Kommunalpolitik auf dem letzten Nürnberger Parteitag dazu Stellung genommen werden mußte. Schon damals führte der Referent aus: »Es ist unbedingt als Grundsatz festzuhalten, daß Eingriffe in die laufende Verwaltung nicht stattfinden dürfen, denn dies würde die Verantwortung unterbinden und mit dem Führergedanken unvereinbar sein.« Das hinderte aber wiederum nicht, daß noch Ende Oktober auf einer sächsischen kommunalpolitischen Tagung der NSDAP mitgeteilt wurde, nach der neuen sächsischen Gemeindeordnung würden in Zukunft alle Abmachungen und Beschlüsse der Gemeinden nur rechtsgültig werden, wenn sie von der örtlichen NSDAP-Leitung genehmigt worden seien. Diese Eingriffe der Parteiorganisation verfolgten oft sehr reale Zwecke. Schon vor mehreren Monaten erließ die preußische Regierung eine Verordnung, in der sie den Gemeinden untersagte, Gelder für die NSDAP und ihre Gliederungen, insbesondere die SA, herzugeben!

Die preußische Gemeindeverfassung enthielt vor allem zwei Bestimmungen, die den Einfluß der Partei auf die Kommunalverwaltung sichern sollten: 1. die bereits erwähnte Entsendung des örtlichen PO-Leiters und SA-Führers in den Gemeinderat und 2. die Berufung des Bürgermeisters nach »Fühlungnahme« mit dem zuständigen Gauleiter. In Sachsen war für die PO-Leiter und SA-Führer eine ähnliche Regelung getroffen worden.

Die neue Gemeindeordnung regelt das Verhältnis von Partei und Gemeindeverwaltung wesentlich anders. »Die NSDAP vertritt als Träger der Staatsidee das Staatsvolk«, heißt es in der amtlichen Begründung, »deshalb wird sie in die Verwaltung der Gemeinde maßgebend eingeschaltet, aber zur Wahrung des Führergrundsatzes in so bestimmt geregelter Weise, daß die Verantwortlichkeit des Leiters nicht verwischt wird.« Tatsächlich beschränken sich die Rechte der NSDAP auf kommunalpolitischem Gebiet in Zukunft auf folgende Angelegenheiten: 1. Die

Partei ernennt durch einen besonderen Beauftragten, der wohl in der Regel der Kreis- oder der Gauleiter sein wird, die Gemeinderäte, während sie in Preußen bisher vom Bürgermeister ernannt wurden. Der Beauftragte der NSDAP aber ist selbst nicht Mitglied des Gemeinderates und darf nur in zwei besonders bestimmten Fällen, die mit der laufenden Verwaltung nichts zu tun haben, an seinen Beratungen teilnehmen. 2. Der Beauftragte der NSDAP schlägt nach Beratung mit den Gemeinderäten für die Posten des Bürgermeisters und der Beigeordneten je drei Bewerber vor. Die Aufsichtsbehörde kann aus diesen Bewerbern einen für die Ernennung auswählen oder alle drei zurückweisen. Findet auch ein neuer Vorschlag des NSDAP-Beauftragten nicht die Billigung der Aufsichtsbehörde, so bestimmt sie selbst den zu ernennenden Beamten. 3. Der Erlaß der Hauptsatzung der Gemeinde bedarf seiner Zustimmung. 4. Das Ehrenbürgerrecht, sowie Ehrenbezeichnungen dürfen nur mit seiner Zustimmung verliehen oder aberkannt werden.

Der ganze Grundriß der deutschen Gemeindeordnung weist eine auffallende Aehnlichkeit mit dem der italienischen Gemeindeverfassung auf, wie sie seit der faschistischen »Reform« von 1926 entstanden ist. Auch dort gibt es keine Wahlen des Gemeindevorstehers und der Gemeindevertretung mehr, sondern der Podesta wird ebenso vom Staat ernannt wie die Mitglieder des »Consulta Municipale«. Auch dort besitzt der Podesta die absolute und ungeteilte Zuständigkeit für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung, auch dort hat der Consulta Municipale nicht beschließende, sondern nur noch beratende Funktionen. Aehnlich wie in Deutschland ist auch das Vorschlagsrecht für die Mitglieder der Consulta Municipale geordnet: Die staatlichen faschistischen Gewerkschaften stellen Vorschlagslisten auf, auf Grund deren die Aufsichtsbehörde die Mitglieder ernennt. Auch Italien rechtfertigt die Zerschlagung der Selbstverwaltung damit, daß es der faschistische Charakter des Staates nicht vertrage, daß sich die Gemeinde dem Staat entgegenstelle. Und um das zu sichern, was die Deutsche Gemeindeordnung den »Einklang mit den Zielen der Staatsführung« nennt, ist Italien sogar noch weiter gegangen und hat dem Innenminister auch das Recht gegeben, den Gemeindevorsteher jederzeit wieder abzuberufen, was in Deutschland nur während des ersten Jahres seiner Amtszeit möglich ist.

II.

Im Ausland ist die Auffassung entstanden, daß die Deutsche Gemeindeordnung eine weitere Etappe zur Verwirklichung der von Hitler in Nürnberg ausgegebenen Parole sei: »Die Partei befiehlt dem Staat«. Diese Auffassung läßt sich kaum aufrecht erhalten, wenn man von dem tatsächlichen Zustand und der Rechtslage auf dem Gebiete der Selbstverwaltung ausgeht, wie sie vor dem Erlaß der Deutschen Gemeindeordnung bestanden haben. Der tatsächliche Zustand war charakterisiert durch das Bestreben der Parteiinstanzen der NSDAP, eine Oberaufsicht über die Gemeinden ihres Bezirkes auszuüben und dauernd unmittelbar in die Kommunalverwaltungen einzugreifen. Die Rechtslage erleichterte

in den meisten Ländern dieses Bestreben dadurch, daß die örtlichen PO- und SA-Führer Mitglieder des Gemeinderates waren. Die neue Gemeindeordnung legt entscheidendes Gewicht darauf, die Eingriffe der NSDAP in die laufende Kommunalverwaltung in Zukunft auszuschließen. Sie erweitert vielleicht noch etwas den Einfluß der Parteistellen auf die Besetzung der Aemter, aber sie unterbindet jedes Eingreifen in die laufende Verwaltung. In der amtlichen Begründung heißt es sehr deutlich:

> »Die neue Gemeindeordnung beruht auf dem Grundsatz der ausschließlichen Führerverantwortung. Mit diesem Gedanken ist eine dualistische Gestaltung der Gemeindeverwaltung grundsätzlich unvereinbar, da sie sowohl die einheitliche und straffe Führung als auch die klare Verantwortung zerstört. Deshalb verbot es sich von selbst, den Bürgermeister, der durch das Vertrauen auch der Partei in sein Amt gelangt ist, in der eigentlichen Gemeindeverwaltung bei jeder Betätigung an die Mitwirkung einer anderen Stelle zu binden.«

Außerdem wird im § 114 besonders festgestellt: »Andere Behörden und Stellen als die Aufsichtsbehörden sind zu Eingriffen in die Gemeindeverwaltung nach § 108 ff nicht befugt.« Und die Begründung fügt hinzu:

> »Es bestand Anlaß, ausdrücklich vorzuschreiben, daß die Mittel der Staatsaufsicht, wie sie in dem § 108 ff vorgesehen sind, nur den Aufsichtsbehörden, nicht auch anderen Behörden und Stellen zustehen.«

Der Anlaß, der bestand, waren die dauernden Versuche der Kreisleitungen der Partei, in die Gemeindeverwaltungen hineinzuregieren, und außerdem das Bedürfnis, eindeutig klarzustellen, daß die neuen Beauftragten der NSDAP nicht etwa die Funktionen der nationalsozialistischen Staatskommissare in den Gemeinden, deren Beseitigung angekündigt ist, zu übernehmen haben. Verschiedene für die Kommunalpolitik im Dritten Reich maßgebende Leute wie der Staatssekretär Grauert und der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gemeindetages haben in Aeußerungen über die Gemeindeordnung diese Tendenz noch stark unterstrichen. Die Gemeindeordnung stellt sich also weniger als ein weiterer Schritt zur Herstellung der Einheit von Partei und Staat dar als eine neue Maßnahme zur Trennung von Partei und Staat. Sie schließt sich damit dem Bestreben an, das seit einiger Zeit auf allen Gebieten der Verwaltung sichtbar wird: Uebergriffe der Partei und ihrer Untergliederungen abzustellen und die Verwaltung von der Kontrolle durch die Parteiinstanzen zu befreien.

Nicht die Stellung der Partei also, sondern die Stellung der Bürokratie wird durch die Gemeindeordnung außerordentlich gefestigt. Die Gemeindeordnung ist ein neuer Beweis dafür, daß die Bürokratie heute in Deutschland alles das durchsetzt, was sie in der Republik nicht durchzusetzen vermochte. Das fällt ihr um so leichter, als es keinen wesentlichen Unterschied zwischen dem nationalsozialistischen Führerprinzip und dem bürokratischen Verwaltungsprinzip gibt. Auch das bürokratische Prinzip beruht auf der ungeteilten Verantwortlichkeit des obersten Behördenleiters und das nationalsozialistische Führerprinzip kam der Bürokratie sehr gelegen, um auf diese Weise alle Hemmungen eines straf-

fen bürokratischen Zentralismus beiseite zu schieben. Es kann der Bürokratie nur recht sein, wenn im Namen des Führerprinzips alle Beschlußkörperschaften beseitigt werden und der Bürgermeister ebenso unumschränkter Herr der Gemeindeverwaltung wird, wie etwa der Leiter eines Finanzamtes die ausschließliche Verantwortung für seinen Amtsbereich trägt. Wie die Wehrideologie es der Reichswehr erleichtert hat, sich mit dem Faschismus abzufinden, so hat es das Führerprinzip der Bürokratie ermöglicht, sich mit der nationalsozialistischen Staatsführung abzufinden. Und die Bürokratie findet sich nicht nur ab, sondern sie annektiert das Führerprinzip für ihre Zwecke und füllt es mit ihren konkreten Verwaltungsvorstellungen aus. In dem Gutachten des Reichssparkommissars über die Stadt Halle finden sich z. B. folgende Sätze:

> »Auf dem Gebiet der Verfassung hatte ich den Gedanken stärkster Zusammenfassung der Verantwortung für die gesamte Verwaltung in der Person des Oberbürgermeisters — dem Führergedanken — und dem Gedanken ... der Wiederaufrichtung einer ausschließlich auf das Gemeinwohl eingestellten ehrenamtlichen Verantwortung — dem Gedanken »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« — schon in meinem Stuttgarter und Mannheimer Gutachten deutlich Ausdruck gegeben.«

In ihrem sachlichen Inhalt beruht denn auch die Gemeindeordnung mehr auf dem Gedanken der Popitz und Sämisch als auf denen der nationalsozialistischen Kommunalpolitiker, einfach darum, weil die NSDAP keine eigenen brauchbaren Gedanken über eine Umgestaltung der Gemeindeverfassung in ihrem Sinne entwickelt hatte. Insbesondere der große Abschnitt über die gemeindliche Finanzwirtschaft, der den Einfluß des Staates auf die Haushaltführung der Gemeinden außerordentlich steigert, übernimmt fast vollständig die Regelung des preußischen Gemeindefinanzgesetzes vom 15. Dezember 1933, das wiederum die Gedanken verwirklicht, die der jetzige preußische Finanzminister Popitz schon früher in verschiedenen wissenschaftlichen Arbeiten entwickelt hatte.

Die Gemeindeordnung beseitigt das, was Popitz die Polykratie, das Nebeneinanderbestehen verschiedener selbständiger Gewaltenträger, genannt hat. Sie ordnet die 65.000 Gemeinden einem einheitlichen Verwaltungswillen unter, ebenso wie sie im Begriff ist, die 17 Länder der einheitlichen Verwaltungsführung des Reiches zu unterstellen. Die Bürokratie begrüßt diese Entwicklung und sieht darin mit Recht eine Verwirklichung ihrer Ideen. Aber um so weniger Interesse hat sie daran, daß neben der straff organisierten Verwaltung eine Körperschaft besteht, die die Bürokratie nicht nur als unlautere und unsachgemäße Konkurrenz, sondern auch als lästige Kontrollinstanz empfindet. Sie arbeitet infolgedessen mit allen Kräften daraufhin, ein ähnliches Reservat für die Verwaltung zu erlangen, wie es die Wehrmacht für ihren Bereich bereits erlangt hat. Die Deutsche Gemeindeordnung hat sie auf diesem Wege einen guten Schritt weitergebracht. Wie die Wehrmacht der einzige Waffenträger der Nation, so ist die Bürokratie schon heute praktisch der einzige Verwaltungsträger des Staates.

Man darf sich nicht dadurch täuschen lassen, daß die Nationalsozia-

listen viele hohe Verwaltungsstellen besetzt haben. Das Entscheidende ist, daß sie es nicht verstanden haben, die Verwaltung mit ihren Gedanken zu durchdringen, sondern daß ihnen nichts übrig geblieben ist, als die Gedanken der Bürokraten verwirklichen zu helfen, die genau so treue Sachwalter des Dritten Reiches sind, wie sie loyale Diener der Republik waren. Es ist die Staats- und Verwaltungsauffassung der Bürokratie, aus der die Nationalsozialisten heraus heute das Verhältnis von Partei und Staat ordnen, und nicht mehr die nationalsozialistische Staatsauffassung. Es ist nicht mehr die Einheit von Partei und Staat, sondern ihre Trennung, die die Nationalsozialisten heute im Bunde mit der Bürokratie durchführen.

Das bedeutet nicht, daß die Partei schon aus allen Machtpositionen hinausmanövriert ist. Was sich in Deutschland im Laufe des letzten Jahres durchgesetzt hat, ist eine neue Gewaltenteilung. Es gibt keinen Unterschied zwischen gesetzgebender und vollziehender Gewalt mehr. Dafür aber gibt es einen neuen Unterschied zwischen der Herrschaft über den Staat und der Herrschaft über das Volk. Und die Entwicklung, die sich in Deutschland vollzieht, geht dahin, die Beteiligung der Partei an den Funktionen der Staatsbeherrschung immer weiter zu vermindern und sie auf das Gebiet der Volksbeherrschung zu beschränken.

Diese Trennung von Partei und Staat bedeutet auch nicht, daß das Regime eine unmittelbare Schwächung erfährt. Im Gegenteil: dadurch, daß sich Hitler auf die bewährten Fachkräfte der Wirtschaft und Verwaltung stützt und die Feder und Frank II, Keßler und von der Goltz ausschaltet, vermindert sich für das Regime die Gefahr des Abwirtschaftens. Aber indem sich das Regime auf diese Weise fürs erste stabilisiert, wandelt es sich zugleich. Gewiß sind die obersten Parteiführer auch die obersten Befehlshaber im Staate. Aber wenn sie heute die Hand dazu bieten, die Partei auf die Beherrschung des Volkes zu beschränken, wenn sie also mit der Partei etwas ähnliches machen wie vordem mit der SA., dann machen sie ihren eigenen Machtapparat unbrauchbar, weil sie ihn in den Augen der Oeffentlichkeit herabsetzen. Bei der SA. ist das seit Monaten sehr deutlich sichtbar; sie ist kein Machtinstrument für das Regime mehr, weil sie im Bewußtsein der Oeffentlichkeit und ihrem Selbstbewußtsein immer weiter verloren hat. Wenn sich dieselbe Entwicklung bei der Partei durchsetzt — wo allerdings die Zusammenhänge für die Oeffentlichkeit schwerer zu durchschauen sind — dann ist auch der Parteiapparat für das Regime keine Machtposition mehr und dann kann das nicht ohne Folgen auf die innere Machtverteilung im Regime bleiben. Wenn Hitler keine Wahl mehr hat, ob er sich auf den Machtapparat der Partei stützen will oder auf die traditionellen Kräfte der Wehrmacht, Bürokratie und Wirtschaft, dann wird er schließlich immer weiter in die Abhängigkeit dieser Kräfte geraten. Dann ist auch die Frage, wie lange die Partei die ihr im Rahmen der neuen Gewaltenteilung zugedachte Aufgabe der Volksbeherrschung noch erfüllen kann. —

Die Bürokratie, die das Gesetz gemacht hat, ahnt wohl kaum das Unheil, das sie damit heraufbeschwört. Sie formt in diesem Gesetz die

Gemeindeverwaltung nach ihrem Bild und sie löscht alles aus, was zu diesem Bilde nicht paßt. Und sie ahnt nicht, daß die Vernichtung der Selbstverwaltung wie die Vernichtung der Freiheit überhaupt sich schließlich an dem Werke rächen muß, das sie jetzt aufzubauen gedenkt. Sie ahnt nicht, daß sich an ihrem Werke schon die Aufhebung der Selbstkontrolle rächen muß, die mit der Aufhebung der Selbstverwaltung einhergeht. Die Vorkehrungen, die die Gemeindeordnung über die Rechnungsprüfung der Gemeinden trifft, mögen sachlich noch so brauchbar sein, sie werden nicht ausreichen, die Selbstkontrolle zu ersetzen, die mit der Unterdrückung der öffentlichen Meinung, mit der Zerstörung der politischen Körperschaften aufgehoben worden ist. Die Bürokratie ist darauf bedacht, die Gemeindeverwaltung ganz in ihre Kontrolle zu bekommen, aber sie denkt nicht daran, sich selbst einer unabhängigen Kontrolle zu unterwerfen. Denn die Kontrolle durch den Rechnungshof ist ja nur die Prüfung einer Bürokratie durch eine andere. Wie lange wird es dauern und in dem Halbdunkel, in dem die Bürokratie jetzt in Deutschland arbeitet, werden Korruption und Schiebung üppig ins Kraut schießen. Denn die Bürokratie herrscht ja nicht allein im Staat. Sie ist die Parteien, die sie nie gern gesehen hat, und die Gewerkschaften los geworden. Aber die anderen »pluralistischen« Mächte stehen wieder auf. Vor allem die Wirtschaft, der in ihrer neuen Organisationsform wieder gewisse Selbstverwaltungsrechte zugestanden worden sind. Was liegt näher, als daß in Zukunft alle Spannungen, die zwischen der Bürokratie und diesen pluralistischen Kräften entstehen, durch staatliche Leistungen, Subventionen oder Steuergeschenke ausgeglichen werden?

Aber es ist noch etwas anderes: Was wir in Deutschland erleben, in der Wirtschaft wie in der Verwaltung, ist ein Rückfall in die Zeit des absolutistischen Verwaltungsstaates. Die neue Gemeindeordnung ist von der Vorstellung diktiert, daß es nur darauf ankomme, die Verwaltung des Staates in allen ihren Teilen straff durchzuorganisieren, damit alles in Ordnung kommt. In dieser Vorstellung, die den Staat nur als Verwaltungsmaschine begreift, ist für die Selbstverwaltung und für die Politik kein Raum. Selbstverwaltung und Politik stören nur die Kreise der Verwaltung und die echten Bürokraten merken nicht, daß das nicht bloß störende »Gegenkräfte«, sondern gesellschaftliche Kraftfelder von großer ausstrahlender Wirkung sind. Sie sehen in allen Selbstverwaltungsorganisationen nur Verwaltungsumwege, die den sauberen, straffen Instanzenzug durchkreuzen; sie sehen in den Körperschaften nur das Gerede, nur die Gegensätze der Interessen. Aber sie sehen nicht, daß alles dies Ausdrucksformen des wirklichen gesellschaftlichen Lebens sind, daß Gegensätze und Spannungen, Kampf und Ringen zum Wesen dieses Lebens gehören und daß es dieses Leben verkümmern heißt, wenn man sie unterdrücken will. Die Stein'sche Selbstverwaltung zog ihre besten Kräfte daraus, daß sie dem gesellschaftlichen Leben auf der Stufe der Gemeinde in seiner ganzen Fülle Raum zur Entfaltung gab, und das Leben in den deutschen Gemeinden war niemals kraftvoller als in der Zeit, in der sie Zellen freiheitlicher Entwicklung im deutschen

Obrigkeitsstaat waren. Das ist es, was bei diesem Gesetz wie bei allem, was im Dritten Reich geschieht, als schwerste Anklage bleibt: die ungeheure Verarmung des gesellschaftlichen Lebens und die Abtötung aller seiner Entwicklungsmöglichkeiten.

Nochmals der Saarkampf

Von Andreas Howald.

Es gibt in der neueren deutschen Geschichte einen Wahl- und Abstimmungstag, der, gemessen an der Ueberraschung, die er der Sozialdemokratie bereitet, einige Aehnlichkeit mit dem Saarkampf besitzt. Es war im Dezember 1906. Wegen eines an sich nichtigen Kolonialkonflikts befahl Wilhelm II. gegen Zentrum und Sozialdemokratie die Auflösung des Reichstages. Die Neuwahlen im Januar 1907 brachten eine beispiellose Versammlungshochflut, und die Partei war voller Siegesgewißheit. Es gelang ihr, ihre Stimmenzahl von 1903 noch um eine viertel Million zu erhöhen, aber sie verlor bei den »Hottentottenwahlen« eine große Anzahl von Mandaten. Den vereinigten militär- und kolonialfreundlichen Gegnern glückte eine bis dahin nie erhörte Aufpeitschung des Nationalgefühls, das mächtige Reserven aus dem Lager der früheren Nichtwähler mobilisierte.

Die Problematik des Saarkampfes war viel komplizierter. Manchmal konnten die Trommelwirbel der Agitation sie vereinfachen zu einem Kampfe des ewigen Freiheitsbewußtseins gegen Sklaverei, für das wahre Deutschland gegen das barbarische »Dritte Reich«. Aber dann waren die Fragen der Auseinandersetzung für jeden, der sie an der Saar miterlebte, wieder brennend und bestürzend da, wie schließlich die Entscheidung selber. Vor ihren eindrucksvollen Ziffern sieht sich der europäische Sozialismus und die mit ihm verbundene Arbeiterbewegung erneut in den Zwang versetzt, alte Tafeln nachzuprüfen.

Deutsches Land unter fremder Regierung, das wichtigste Produktionsmittel, die Kohle, kapitalistisch ausgebeutet in französischer Hand; das waren die Anhaltspunkte der Hitlerdeutschen Agitation. Die darauf aufgebauten Parolen waren von durchschlagender Kraft. Die primitivste unpolitische Seele begriff sie. Es bedurfte keines Appells an die Vernunft, um die Ablehnung des Status quo vernehmbar zu machen, denn sie entsprach der latenten geistigen Haltung der Masse des Saarvolkes. Dazu traten die ungezählten Propagandamillionen, die gleichgeschaltete Presse und die unaufhörlich tosenden Lautsprecher. Bis zum 30. Januar 1933 gab es fast vierzehn Jahre lang eine nationale Einheitsfront, von den Nationalsozialisten bis zu den Kommunisten. Ohne die Machtergreifung Hitlers wäre vielleicht Max Braun die wirksamste rhetorische Fanfare zum letzten Ruf an das Volk gewesen, das längst für sein »Heim zum Reich« entschieden hatte.

Nund aber war eine Einheitsfront der beiden Arbeiterparteien da — gegen die bisher so selbstverständliche Rückglie-

rung! Für Deutschland, gegen Hitler! Um Deutschlands willen, um des Deutschtums der Saarländer willen, für die allerdings nur vorläufige Beibehaltung des gegenwärtigen politischen Rechtszustandes unter Völkerbundschutz! Nun begann die Vermengung des Abstimmungskampfes mit einem innerpolitischen deutschen Ziel. Von der Saar her wollte man Hitler stürzen. Kühne intellektuelle Instrukteure sahen im »Frontabschnitt Saar« den Sammelpunkt und das Ausfallstor für das Neue und das Kommende im Zeichen der sozialistischen Gestaltung, unter der wehenden roten Flagge der Einheitsfront nach Saar-Exempel.

Vielleicht wäre eine solche Verschiebung des ursprünglichen nationalpolitischen Blickfeldes in Berlin, an der Wasserkante, in Sachsen oder im Rheinland nicht ohne Wirkung geblieben. An der Saar fehlte jedoch die jahrzehntelange Schulung und Disziplinierung der Menschen durch die Arbeiterbewegung. Bis 1918 rangen die bescheidenen gewerkschaftlichen Ansätze mit dem sozialen und politischen Patriarchalismus König Stumms und des preußischen Bergfiskus. Der preußische Militarismus tat ein übriges, um die Anfänge des politischen Freiheitsbewußtseins zu ersticken. Das Saargebiet war, mitten im rheinisch-fränkischen Westdeutschland, eine preußische Enklave und stärkstes Garnisonland. In dieser Luft erwuchs ein bedrückter und unsicherer Menschentypus, unsicher in allem, was selbständige Entscheidung forderte, einig nur in einem seltsam stark hervorbrechenden deutschen Nationalbewußtsein mit einem Netz von Uniform-Traditionen bis ins kleinste Bergarbeiterdorf hinein.

Die jungen Menschen an der Saar — drüben war eine Revolution oder das, was sie dafür hielten, und sie waren nicht dabei! Die fremde Regierung verbot SA und SS, die man mit brennenden Augen in jedem Kino sah, mit dem Führer und dem Gefolge, eine strahlende Kulisse, die Rechtlosigkeit und Gewalt, Konzentrationslager und Schafott den Bewohnern des Völkerbundslandes angenehm verdeckte. Wer sich ihnen verständlich machen wollte, der erlebte immer wieder das Gleiche: ein echtes nationales Gefühl, überhitzt durch eine jähe Angst vor der Wahrheit im »Dritten Reiche«, voll Verlangen nach der Teilnahme am »deutschen Wunder«.

An diese Mehrheit der Saarländer kam die verwickelte Parole des Status quo überhaupt nicht heran. Selbst die Hoheitszeichen der politischen Freiheit besaßen keine große Durchschlagkraft. Die Regierungskommission, der Exponent der westlichen Demokratien, herrschte gemäß dem Saarstatut ohne Mitwirkung der Bevölkerung. Unsere Einwände, daß die Freiheit der Presse und der Parteien im Gegensatz zum »Dritten Reich« noch beständen, verfehlten ihre Wirkung, weil es sich um eine »fremde« Regierung handelte. Die Einheitsfront stürmte mit ihren Zeitungen, ihren Versammlungen, und ihrer Flugblattpropaganda gegen einen massiven Volkskörper an, der nicht nur zu Deutschland zurück, sondern auch teilhaben wollte an seinem »Mythos«. Sie erfaßte mit ihrer Werbung nur die mobileren Teile der Saarbevölkerung; einen Teil der Intellektuellen, gewisse bürgerliche Mittelschichten, die die materiellen Nachteile der Rückgliederung in Erwägung zogen, und die politisierten aktiven Elemente der

Arbeiterschaft. Es ist nicht einfach, festzustellen, wie viele unter Druck und Terror für die Deutsche Front gewonnen wurden. Im Saargebiet, wo die Staatsgewalt keineswegs nationalsozialistisch war und nur die unteren Exekutivorgane als offene oder geheime Helfer der braunen Front hervortraten, war der Terror das bereits vorweg genommene Kennzeichen der Entscheidung der großen Mehrheit. Die Minderheit fühlte sich bedroht und duldete die Gewalt, weil ihr jeden Augenblick die ziffernmäßige Ueberlegenheit der andern bewußt war. Schon lange vor dem 13. Januar war an der Saar eine Massenbasis für Hitler vorhanden.

Damit steht die entscheidende Frage zur Diskussion: die Stärke des Freiheitsbewußtseins und des Freiheitswillens in der Arbeiterschaft. Zwei Jahre Hitlerregierung haben Unzählige belehrt, welch kostbares Gut sie besaßen und verloren haben. Aber es ist auch eine Gegentendenz deutlich erkennbar: das langsame Versiegen des Gefühls für Freiheit überhaupt, auch dort, wo es schon einmal durch die Arbeit der Sozialdemokratie geweckt worden war. Schon gibt es viele Arbeiter, die gar nicht mehr empfinden, daß sie nur noch Objekte aller Entscheidungen sind. Sie fangen an, sich dem Führerprinzip nicht nur widerwillig zu beugen. Sie halten es bereits für selbstverständlich, daß die Presse nur noch Sprachrohr der Staatsgewalt ist, und sie verlieren die Neigung zur Behauptung der eigenen Meinung, wenn es sich nicht um unmittelbare materielle Interessen handelt.

Es ist ein tiefer Masseneinbruch da, ein Niedersturz der Werte, die ein Jahrhundert den menschlichen Aufstieg im allgemeinen und die Emanzipation der Arbeiterschaft im besonderen begleitet haben. Der Wille der braunen Diktatur mit ihrem absoluten Ja oder ihrem absoluten Nein ist der Ausdruck eines Massenwunsches geworden, der die Zeichen der Erniedrigung bereits als Spende des neuen Regimes anzunehmen beginnt. Hier wird die Bürde eigener Verantwortung abgelegt. Man findet sich innerlich damit ab, daß der Orden der Erlesenen zum Denken und zum Handeln berufen sei.

In den Monaten der Agitation der Einheitsfront wurde man zeitweilig geblendet durch stark besuchte Kundgebungen. Ueberfüllte Versammlungen sind keineswegs ein untrüglicher Gradmesser für die wirkliche Massenstimmung. Im Saargebiet war das unpolitische »Volk« bestimmt nicht hier. Es ging zu den »deutschen Abenden« der braunen Front, wo man geschmeichelt unter den Honoratioren des Ortes saß. Es war bei den Gleichschaltungsprozeduren der unzähligen Gesangsvereine bis hinunter zu den Ortsgruppen der Ziegenzüchter und Brieftaubenliebhaber. Unaufhörlich wurde hier das Bekenntnis zu Deutschland mit dem Horst-Wessel-Lied aus proletarischen Kehlen zelebriert. Wer die spaltenlangen Berichte in den Provinzteilen der Presse las, der war sich schnell darüber im klaren, daß es bei diesen Menschen eines solch ungeheuren Aufgebotes an Lüge und Korruption, womit die »Deutsche Front« arbeitete, im Grunde gar nicht bedurfte.

Die Werbung der Einheitsfront wurde zuletzt in der Ueberhitze des entzündeten Patriotismus ganz abgelehnt. Ihre Funktionäre wagten kaum

noch, aufs Land zu gehen. In den Bergarbeiterdörfern wurde das gewerkschaftliche Material, das die Nachteile der Rückgliederung für die Arbeiterschaft nachwies, straßenweise aus den Häusern geworfen und bedeckte weithin sichtbar den Boden. Zum amtlich anerkannten Ordnungsdienst der »Deutschen Front« meldeten sich indifferente Proletarier in hellen Scharen, nachdem die Kapitulation der Regierungskommission vor der Uebermacht der Rückgliederungsanhänger offenkundig geworden war. Immer deutlicher zeigte sich, daß in diesem Abstimmungskampfe eine Klassensolidarität der Arbeiterschaft nicht mehr vorhanden war. Die Idee der Einheitsfront erwies sich viel schwächer als der Zwang dieser nationalen Entscheidung.

Hinzu kam, daß die rein taktische Verständigung der beiden Arbeiterparteien für den Saarkampf viele Lücken aufwies. Niemand glaubte den Kommunisten, daß ihre Unterschrift unter ein opportunistisch-reformistisches Programm für die Ausgestaltung eines künftigen Saarstaates ernst gemeint sei; ebensowenig, wie ihre plötzliche Priester- und Katholikenfreundlichkeit. Bei jeder Kundgebung, der Einheitsfront wurde für jeden, der genauer hinhörte, der Fortbestand der Gegensätze zwischen den beiden Arbeiterparteien erschütternd deutlich. Die kommunistischen Sprecher reproduzierten neben der Status-quo-Parole in rein parteimäßigen Gedankengängen die Thesen ihres Zentralkomitees. Immer wieder schlug durch den Saarkampf der Kommunisten die Moskauer Lösung aller Welträtsel hindurch. »Rotfront« und der Gesang der Internationale verjagten viele Kleinbürger und Indifferente aus der Linie der Status-quo-Anhänger, unter denen die Kommunisten sichtbar die Mehrheit hatten. Schon fingen manche Sozialdemokraten an, sich ihrer Parole »Freiheit« ein wenig zu schämen. Alles in allem bedeutete die Einheitsfront keine Summierung der Kräfte, sondern eine Schwächung der Gesamtposition der Anhänger des Status quo.

Sieht man von den großen weltpolitischen Erwägungen ab, so schlug die nationale Parole die klassenmäßig orientierte nicht nur durch ihre stärkere physische Kraft, sondern durch einen viel tiefer wirkenden Gefühlsappell, der dreizehn Jahre hindurch der selbstverständlichen Gesinnung eines jeden Saarländers entsprach. Daran haben auch die letzten zwei Jahre mit ihrem neuen Kampfruf: »Für Deutschland — gegen Hitler!« durch die besten Argumente und die feurigste Rhetorik nichts mehr zu ändern vermocht.

Was für die Einheitsfront gilt, trifft im Kern auch für die Katholiken an der Saar zu. Von drei Männern abgesehen, einem Publizisten und zwei Bergarbeiterführern, von denen einer aus dem Reich gekommen war, wagte kein Katholik von Rang und Namen öffentlich für die christliche »Volksfront« einzutreten. War es Terror? War es die Haltung der Bischöfe, die ihnen Schweigen auferlegte? Warum wagten es unter achthundert katholischen Geistlichen nur so wenige, ihre Sympathie für den Status quo zu bezeugen? Ein Priester gab uns auf diese Frage eine Antwort, die alles erklärt: »Selbst der Wille der Bischöfe hätte uns nicht daran gehindert, unserm gläubigen Gewissen zu folgen und für den Status

quo einzutreten, wenn wir dafür einen Rückhalt in unseren Gemeinden bei den Laien besessen hätten. Viele von ihnen, ja, die übergroße Mehrheit, würden eher ihrer Kirche untreu werden, als bei der Abstimmung etwas tun, was sie als Preisgabe ihrer Verpflichtungen als Deutsche empfinden müßten.«

Das ist die Saar. Eine Lehre für die Gewalt des Nationalbewußtseins. Mancher Marxist wird sie als unheimlich und bedrückend empfinden, wenn er daran denkt, daß diese Menschen an der Saar sich freiwillig unter das Joch Hitlers begeben haben. Die Einheitsfront hatte geglaubt, in der Vorhut für die Befreiung Deutschlands zu kämpfen. In Wahrheit war sie die Nachhut eines bereits geschlagenen Heeres, der Erfolge nicht beschieden waren.

So bitter diese Niederlage ist: Zu lernen ist unendlich viel aus ihr. Damit aber wird sie nach dem ewigen dynamischen Gesetz schon wieder zur positiven Kraft für die beginnende Sammlung und einen künftigen Sieg.

Andersens Märchen – italienische Ausgabe

Von **Heinrich Parker.**

Was jüngst in Italien vor sich ging, ist für das Schicksal aller Diktaturen derart charakteristisch, daß wir eine Analyse nicht nur der Ereignisse, sondern auch ihrer Aufnahme in der Weltöffentlichkeit für notwendig halten.

In Italien ist das Regime so stabil, daß nicht gleich geschossen wird, wenn ein Ministerwechsel nötig ist. Die Welt ist Mussolini aber derart dankbar für die Versicherung, es gäbe wenigstens ein stabiles Regiment auf Erden — und wer in Italien wagte einer solchen Versicherung zu widersprechen? —, daß sie ihm bereitwilligst glaubt, was er über die Art in Umlauf zu setzen beliebt, wie Weltgeschichte gemacht wird. Danach ist es also dem Duce einfach eines Nachts eingefallen, daß seine Minister nun lange genug regiert haben, und am nächsten Morgen eröffnet er ihnen, daß sie nun anderen Platz zu machen hätten. Es ist wie in Andersens Märchen: die Prinzessin und der Prinz spielten gerade so schön mit Szepter und Reichsapfel, da kam der König und sagte, so Kinder, jetzt muß ich mal ein bißchen regieren, gebt mal die Sachen her.

Was geschah in Wirklichkeit? Jede Legende hat sicher auch ein Körnchen Wahrheit; tatsächlich liebt es der Duce nicht, wenn seine Mitarbeiter allzu warm auf ihren Posten werden. Ein Mann, der sich in seinem Amt einen festen Mitarbeiterstab schafft und Macht gewinnt, dem sich gewisse eingefahrene Verbindungslinien wie von selbst zur Verfügung stellen, ein solcher Mann kann allzu leicht eine Stütze für Fronden werden, er kann allzu leicht in die Verlegenheit kommen, mehr Macht zu wollen als der Duce ihm zugesteht. In dieser allgemeinen Atmosphäre des Miß-

trauens wird unter der italienischen Diktatur Politik gemacht. Bisher gelang dem Duce die Beseitigung seiner Mitarbeiter immer noch recht leicht; verblüffend leicht ließ sich Balbo in die lybische Wüste schicken, nachdem er die populärste Figur Italiens zu werden drohte. Diesmal scheint es schon so etwas wie eine Fronde gegeben zu haben. Die Minister wollten sich nicht einfach fortschicken lassen, sie waren gewarnt. Wollte der Duce sein Ziel erreichen, so mußte er sie überrumpeln, darum die Plötzlichkeit, mit der die ganze Komödie abrollte. Der Duce hat schon nicht mehr die Macht, in Verhandlungen seinen Willen durchzusetzen, er greift bereits zu Mitteln, die jenen verteufelt ähnlich sehen, die wir aus Deutschland kennen. Also nicht Stärke, sondern Schwäche ist diese Methode der Regierung, die von den Karlchen Mießnicks der Sensationspresse als höchste Weisheit und dernier cri der Politik verkündet wird.

Prüfen wir die Behauptung, daß es sich um einen Verjüngungsprozeß der Partei handelt genauer, so fällt auf, daß tatsächlich überhaupt nur ein einziger Mann ganz ausgeschifft wurde, und daß der einzige »neue« Mann einer der ältesten Mitarbeiter Mussolinis ist. Alle anderen wurden nur versetzt, allerdings in sehr charakteristischer Weise. Es tauchen nämlich an den entscheidenden Posten zweierlei Sorten von Männern auf: solche, die in Mussolinis Lieblingsministerien, dem Marineamt und dem Kolonialamt unter seiner persönlichen Fuchtel gestanden haben, und solche die als alte Kämpfer der faschistischen Bewegung die Parteitradition der Arditi verkörpern, die wagemutigsten, intransigentesten und dogmatischsten Vertreter der Vorkämpfer gegen den Sozialismus in den Revolutionsjahren 1919 bis 1921. Einer der »neuen« Männer hat den Marsch auf Rom geleitet, als Mussolini sich vorsichtigerweise etwas näher der Grenze hielt, einer hat öffentlich die Verantwortung für ein Massaker unter Gewerkschaftsmitgliedern auf sich genommen. Bottai, der »ganz neue« Mann, war einer der heißesten unter den Heißspornen und verkörpert in sich vielleicht am reinsten die faschistische Ideologie.

Dieser Rückgriff auf die alte Garde ist keineswegs von ungefähr. Die faschistische Diktatur nicht minder als die nationalsozialistische lebt nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten. Dieses Gesetz setzt sich gegen alle Versuche der Demokratisierung des Systems immer wieder durch: sobald sich irgendwelche offizielle Organe gebildet haben, in denen die Stimme der realen Interessen zum Ausdruck kommt, so bald sich innerhalb des Systems gewisse Lockerungen zeigen und der verbotene Klassenkampf doch an allen Ecken und Enden wieder ausbricht, muß die herrschende Clique zum Staatsstreich greifen, um sich an der Macht zu halten. Sie muß jeden Tag einen kleinen Staatsstreich machen, jeden Tag die Gesellschaft vor düsteren Gefahren retten, ihr jeden Tag drohen, sie zu vernichten, um sie am folgenden Tage zu retten. So stellt sich der Duce jedesmal an die Spitze des empörten Volkes, um die Revolution vor irgendeiner eingebildeten Gefahr zu sichern.

Bei dieser Gelegenheit wird dann jedesmal eine Verengung des Bewegungskreises nötig; die Sphäre, in der die herrschende Clique immer wieder »erneuernde« »Revolutionen« hervorrufen kann, wird immer kleiner,

und das Personal immer spärlicher. Der tägliche Staatsstreich verbraucht täglich Minister, und vor allem: da nach jedem Systemwechsel stets gleich ein neuer Schub von Beamten sich mit den Aufgaben seines Amtes und den Verhältnissen der von ihm betreuten Untertanen vertraut macht, so bildet sich jedesmal ein neuer Ansatz zur scheindemokratischen Durchbrechung der Diktatur; die Aemter fangen zu diskutieren an; das diskutierende Personal aber muß nach jedem Staatsstreich fallen gelassen und durch ein gehorchendes ersetzt werden. So kommt es, daß zuletzt immer nur die übrig bleiben, die als Landsknechtsführer auf Gedeih und Verderb mit dem Führer verbunden sind; deren Kreis wird aber immer enger, er nähert sich gegenwärtig schon bedenklich der allerinnersten Parteigarde und eines Tages wird nur noch der Duce selbst in einem allerinnersten Zirkel diesen fehlerhaften Kreislauf beschreiben.

Wie auf der Bühne immer dieselben Statisten auf der einen Seite hinausgehen, um auf der anderen als neue Heerhaufen wieder zu erscheinen, so beschreibt das faschistische Personal einen solchen lustigen Zirkel um sich selbst.

Jeder dieser faschistischen Staatsstreiche hat also diese Merkmale: Er rettet die Nation vor irgendeiner Gefahr, die nicht die wirklich aktuelle ist; er konzentriert die Kräfte des Staates enger um die Partei; er stellt über die demokratisierenden Apparate und Interessenvertretungen die Verbindung des Volkes mit dem Führer und der Revolution wieder her.

Natürlich wird bei jeder solchen Gelegenheit ausposaunt, daß es sich um eine Linkswendung, eine Abwendung vom Kapitalismus usw. handle. Als Bottai ging und durch Rossoni ersetzt wurde, der Nationalist durch den Syndikalisten, der Student durch den Arbeiter, da hieß es, der Sozialismus im Faschismus sei auf dem Vormarsche. Heute erhält Rossoni einen weniger einflußreichen Posten und Bottai kehrt zurück, und wieder berichtet eine zur Unwissenheit fest entschlossene Presse von einer Linksentwicklung. Wir haben gesehen, was es mit faschistischen Wendungen auf sich hat.

Worin besteht in Wirklichkeit der Gegensatz zwischen diesen beiden Männern? R o s s o n i ist alter Gewerkschaftsführer, Bottai alter Nationalistenführer. Rossoni träumte von einem Staat und einer Wirtschaft, die von den Vereinigungen der Interessenten, Schichten und Klassen geleitet oder ausbalanciert wird. B o t t a i s Gehirn gebar einen Wechselbalg von preußischem Sozialismus Spengler'scher Art und ständischem Hochkapitalismus im Sinne Ottmar Spanns. Als Bottai Korporationsminister war, sorgte er dafür, daß die Korporationen nichts als Unternehmerkonsortien wurden. Als die Krise ausbrach, kam der Mann des Volkes, der alte Syndikalist Rossoni; er sollte dem unbestimmten Murren einen organisierten Ausdruck geben. Der Syndikalismus trat an die Stelle der Konzernpolitik. Die faschistische Idee sollte nun endlich Praxis werden, es klang wie ein Systemwechsel. Aber Rossoni führte Bottais Ideen nicht anders durch als Bottai vorher die Rossonis; nur blieb die unangenehme Tatsache, daß im Syndikalismus gerade diejenigen eine Art organisierter Stimme erhalten, deren Stimme unerwünscht ist. Denn nach Bottais Idee

unterordnet sich der Staat den Einzelunternehmer, soweit er als Sonderinteressent auftritt, aber die arbeitende Masse unterordnet er sich als Ganzes; denn das Sonderinteresse des Unternehmers ist privat, das Sonderinteresse der Arbeiter ist ein allgemeines.

Bottai wurde daher nicht völlig verbannt, sondern durfte als legale Opposition seine Theorie ausbauen. Er schlug vor, die italienische Industrie besser im Sinne des Kriegssozialismus durchzuorganisieren: eine perverse Presse posaunte aus, das sei Sozialismus. Die Unternehmerkartelle aber regieren in Italien nicht anders als sonst in der Welt; sie sind ebenso wie die regierende Fraktion eine Clique und haben wenig übrig für die immer wiederkehrenden Drohungen Bottais, man müsse Unternehmer enteignen, die ihren Produktionseifer nicht genügend beweisen.

Die Folge ist, daß Bottai seine Idee nicht selber durchführen darf. Er erhält den wichtigen Posten des Gouverneurs von Rom, aber Staatssekretär im Korporationsministerium wird der Vertrauensmann der Industrie Lantini. Ewiges Gesetz der Diktatur: Noch nie durfte der aufrichtigste Anhänger einer Idee ihre praktische Verwirklichung leiten; wie alle bisherigen »Wendungen« des Faschismus, so wird auch der neue Korporatismus nur auf dem Papier bleiben, nachdem schon ein Jahr auf dem Papier die verschiedenen Industrien hin und her organisiert werden.

Rossoni wird ins Landwirtschaftsministerium einziehen; wie auf allen Gebieten, von denen er nichts versteht, gilt er auch hier als Neuerer — und wird auch hier vor den Tatsachen kapitulieren. Es ist sicher, daß eine Aktion zur Aufteilung unbenutzter Latifundiengelände für Siedlungszwecke geplant ist; ebenso sicher ist, daß das Geld kostet, daß sich die Junker dagegen wehren, und daß auf ihrer Seite der jetzt verabschiedete Finanzminister Jung stand. Ebenso sicher ist, daß die Arbeitslosen, nachdem sie einmal aus den Statistiken säuberlich gestrichen wurden, jetzt einfach auf der Straße allenthalben sichtbar werden; sie durch Siedlung wegzuschaffen wäre sehr schön, wenn nur das Defizit nicht wäre.

Welche Ironie des Schicksals! Jung war sicher der größte Schieber, der je den Posten eines Finanzministers bekleidete. Die ganze Adriaküste kennt seine Heldentaten als finanzpolitischer Freibeuter. Die ganze Geschichte des Faschismus ist ohne seine Hilfe in den letzten fünf Jahren überhaupt nicht zu denken. Grade dieser Mann ist jetzt nicht mehr ausreichend für die gesteigerten Bedürfnisse des Faschismus. Im Moment, wo die Freibeutergarde des Faschismus wieder die Staatsmacht in die Hand nehmen muß, ist die Zeit des finanziellen Freibeutertums schon wieder vorüber und die Methode der offenen Gewalt wird an die Stelle der legalen Gewalt in der Finanzpolitik zu treten haben.

Armer Schacht!

Es wäre verfehlt, von Gärung zu sprechen, der neue Ministerwechsel zeigt nicht die nahende Revolution an; aber in einem Lande, wo der einzige Gradmesser für die wirklichen Vorgänge ihre Spiegelung in den Bewegungen an der obersten Spitze ist, bedeutet doch ein Ministerwechsel immer eine Krise höheren Grades.

Oesterreich — 1934

Von **Konrad Treu.**

Der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung folgte elf Monate später der ruhmreiche Februarkampf der österreichischen Schutzbündler und ihre Niederlage. Elf Monate, erfüllt von dem atemraubenden, zermürbenden Kampf der österreichischen Sozialdemokratie um ihre eigene Selbstbehauptung, um die Aufrechterhaltung der demokratischen Republik. Elf Monate des Widerstands gegen zwei listenreiche und rücksichtslose Gegner: den klerikalen, halbmonarchistischen und feudalen Austrofaschismus und den nationalistischen, plebejischen, scheinsozialistischen Hakenkreuzfaschismus. Ein Zweifrontenkrieg, in dem die Sozialdemokratie, vom Ausland kaum unterstützt, gegen den deutschen und den italienischen Zugriff, gegen zwei Großmächte zu ringen hatte, Stück um Stück die Demokratie abgebaut, die Kraft der Arbeiterklasse allmählich gebrochen, die Sozialdemokratie immer mehr in einer Festung eingeschlossen wurde, bis sie in einem letzten hoffnungslosen Verzweiflungskampf sich mit der Festung zugleich in die Luft sprengte.

Die Geschichte dieser elf Monate ist noch zu lebendig vor unser aller Augen, als daß sie niedergeschrieben werden müßte, um sie uns bewußt zu machen. Notwendig aber war es, die Chronik der österreichischen Republik vor dieser letzten Epoche aufzuzeichnen. Unerläßlich vor allem dann, wenn der Versuch unternommen werden soll, aus der Fülle der uns bedrängenden Ereignisse, vor allem aus den Erfahrungen in Deutschland und in Oesterreich, Lehren für den Neuaufbau der Arbeiterbewegung zu ziehen. Pertinax: Oesterreich 1934 — Die Geschichte einer Konterrevolution (Europa-Verlag, Zürich, 1934) ist aber noch weit mehr als eine bloße Chronik. Das Buch ist zugleich der erste systematische Versuch einer Kritik.

Pertinax setzt nach einer kurzen Einleitung mit dem Jahre 1927 ein. Jede derartige Wahl ist mehr oder minder willkürlich — oder vielleicht richtiger schon der Ausdruck für einen gewissen Standpunkt. Das Jahr 1927 ist in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit in der Tat ein entscheidender Wendepunkt. Der 15. Juli 1927, der Tag, an dem neunzig Arbeiterleichen die Straßen des roten Wien deckten, war der Ausgangspunkt für die Entwicklung des Austro-Faschismus, der schon zwei Jahre später eine ernste Massenbewegung wurde und gestützt auf die Schützenhilfe der klerikalen Reaktion die Demokratie bedrohte. Von diesem Blickpunkt aus zeigt sich mit aller Deutlichkeit die starke innere Verbindung der österreichischen mit der deutschen Niederlage. Drei Jahre nach dem 15. Juli 1927 hatte der Austro-Faschismus schon seinen Höhepunkt überschritten. Kurz nach den Septemberwahlen 1930, die den deutschen Nationalsozialisten ihren ersten großen Erfolg brachten, fügte die Demokratie in Oesterreich bei den Wahlen vom November 1930 Christlichsozialen und Heimwehren vereint ihre schwerste Niederlage zu, einige Monate später konnte der Austrofaschis-

mus als überwunden gelten. Der jämmerliche Putschversuch der steirischen Heimwehren unter Pfrimer im September 1931 besiegelte nur die Niederlage. Die österreichische Sozialdemokratie hatte dank einer außerordentlich elastischen Taktik, an deren Ende aber drohend stets die Bereitschaft zum Bürgerkrieg stand, den Faschismus besiegt. Von diesem Zeitpunkt, bis fast zur Machtergreifung Hitlers in Deutschland, gab es in Oesterreich keine ernstzunehmende faschistische Gefahr. Der Nationalsozialismus, der ja organisatorisch in Oesterreich schon seit der Vorkriegszeit bestand und lange Jahre ein unscheinbares Stammtischdasein geführt hatte, wuchs zwar allmählich an, aber seine Entwicklung blieb weit hinter der seines deutschen Zwillingsbruders zurück; erst Ende 1932 wird der deutsche Nationalfaschismus in Oesterreich zu einer politischen Größe, mit der man rechnen muß, erst der Regierungsantritt Hitlers im Januar 1933 macht ihn zu einer Gefahr, erst das Ergebnis der Reichstagswahlen im März 1933 zu einer politischen Sturmflut, die nun auch in Oesterreich alles zu überschwemmen droht. Der Austrofaschismus war schon besiegt, als er vom österreichischen Klerikalismus und Monarchismus in seiner Todesangst vor dem braunen Konkurrenten wieder ins Leben gerufen wurde. In Deutschland wurde die große Schlacht geschlagen, der die österreichische Demokratie zum Opfer fiel. Das gilt aber nicht bloß innenpolitisch: es war letzten Endes ein Zweikampf zwischen Mussolini und Hitler, bei dem der lästige Dritte aus dem Wege geräumt wurde, um die Position des faschistischen Italien in Oesterreich zu stärken.

Diese Einordnung des österreichischen Geschehens in den Gesamtzusammenhang des mittel- und südeuropäischen Faschismus überhaupt, ergibt sich aus Pertinax' Darstellung aufs deutlichste. Er weist darauf hin, wie sehr die Kapitulation in Deutschland bei der österreichischen Regierung die Idee wecken mußte, sie könnte die ihr so notwendigen Erfolge, um sich gegen den Zugriff vom Dritten Reich her wehren zu können, am leichtesten auf Kosten der Sozialdemokratie erringen, ohne sich großen Gefahren auszusetzen.

Zeigt der von Pertinax gewählte Blickpunkt diesen für das Verständnis der österreichischen Ereignisse zweifellos wesentlichsten Zusammenhang klar auf, so ergibt er auch einen gewissen Ausgangspunkt für die Kritik. Es ist notwendigerweise eine taktische Kritik, die im wesentlichen zwei Angriffsstellen hervorhebt: die taktischen Grundgedanken des Linzer Programms und das Zögern der Partei vor der letzten Auseinandersetzung, im Jahre 1933.

Taktischer Grundsatz des Linzer Programms war es, die Demokratie als Grundlage des proletarischen Klassenkampfs anzusehen und den demokratischen Kampfboden durch die ständige Bereitschaft zu sichern, ihn mit allen Mitteln zu verteidigen. Das hieß auf der einen Seite, die Sozialdemokratie zu einer großen Massenpartei unter der Führung der Arbeiterklasse ausbauen; auf der anderen Seite jedes Ereignis daraufhin zu prüfen, ob es die Möglichkeiten für die Arbeiterklasse, die Demokratie auch mit dem Einsatz der letzten Kampfmittel zu verteidigen, ernsthaft be-

einträchtige.*) Aber in der Entwicklung Oesterreichs vom »Volksstaat« zur Bourgeoisie-Republik mußten ständig Ereignisse eintreten, die die außenparlamentarischen Kampfmittel der Arbeiterklasse entwerteten. Da war die — trotz aller Reinigung in der Revolutionszeit — unaufhaltsame Umgestaltung des Machtapparats des Staates zu einem zuverlässigen Kampfinstrument gegen die Arbeiterklasse. Da war die ständige und daher notwendigerweise nicht völlig erfolglose Suche der Behörden nach den Waffen der Arbeiterschaft. Da waren die in der Dauerkrise der österreichischen Wirtschaft doppelt erfolgreichen wirtschaftlichen Druck- und Einschüchterungsversuche. Gegen alles das mußte sich die Sozialdemokratie zur Wehr setzen; aber konnte sie solche Ereignisse zum Anlaß nehmen, die äußersten Kampfmethoden anzuwenden? Zweifellos waren das alles ernsthafte Beeinträchtigungen der Kampfkraft der Arbeiterklasse, letzten Endes also ernsthafte Schädigungen der Macht, von der die Demokratie getragen wurde. Kennzeichnend genug, daß die Herausforderung des Freispruchs der Schattendorfer Arbeitermörder, die zum 15. Juli 1927 führte, von der Arbeiterschaft als Verletzung ihrer demokratischen Gleichberechtigung empfunden wurde. Konnte aber die Partei, ohne ihre demokratischen Grundsätze aufzugeben, am 15. Juli das Signal zum Aufstand geben? So erklärt sich der Widerspruch in der Parteitaktik, den Pertinax geradezu zum Symbol der austromarxistischen Taktik erhebt: die Drohung, der nicht die letzte Tat folgt.

Am krassesten sieht Pertinax und mit ihm wohl der überwiegende Teil der illegalen österreichischen Arbeiterbewegung diesen inneren Widerspruch in der Zeit seit dem 5. März 1933. Der Stichtag des 15. März, an dem die Regierung die Tagung des Nationalrats mit Hilfe der Polizei verhindern wollte, für den die Arbeiterklasse alle ihre Kräfte angespannt hatte, die damals noch nicht zermürbt waren, ging ungenutzt vorüber — und von da an datiert der Erfolg der Ermattungsstrategie der Regierung Dollfuß. Unter den Ursachen, die unmittelbar zur Niederlage führten, ist diese Vertagung des entscheidenden Kampfes wohl die wichtigste. Aber es war nicht allein das übergroße und gegenüber dem skrupellosen Gegner zweifellos nicht angebrachte Verantwortungsbewußtsein der Parteiführung, das zu diesem Aufschub Anlaß gab. Neben militärtechnischen Erwägungen, über die heute noch nicht gesprochen werden darf, spielte eine entscheidende Rolle die Erwägung, daß damals — der Bruch zwischen dem schwarzen und dem braunen Faschismus war noch keineswegs besiegelt, Dollfuß bemühte sich sehr lebhaft um eine Verständigung — das

---

*) Eines dieser letzten Kampfmittel war der Schutzbund. Wer will, mag ihn jetzt — nach der Niederlage zum Gegenstand der Kritik machen. Aber er wird sich dann wohl der Mühe unterziehen müssen, die gesamte taktische Idee des Linzer Programms zu kritisieren. Die Entrüstung über die Gewaltpsychose der Vorkriegszeit, die zu bestreiten niemandem einfällt, ersetzt solches Räsonnement um so weniger als die Erkenntnis der allseitigen Gewaltbereitschaft Voraussetzung für das taktische Urteil ist. Ebenso wird man dabei die internationalen moralischen Auswirkungen des Februaraufstands nicht übersehen dürfen.

Losschlagen der Arbeiterklasse die beiden Faschismen hätte zusammenführen oder sogar dem Hakenkreuz den Sieg sichern müssen.

Heute wissen wir, daß dennoch jede Verzögerung des Kampfes gefährlich war. Heute meinen manche sogar, das Jahr 1927 sei der entscheidende Zeitpunkt gewesen, loszuschlagen und die faschistische Gefahr ein für allemal zu brechen. Heute ist uns zweifellos manches taktische Problem, das früher umstritten war, weit klarer geworden und vieles, was Pertinax an taktischer Kritik vorbringt, würde heute auf keinen Widerspruch mehr stoßen.

Dennoch darf man fragen, ob nicht weit tiefer geforscht werden muß, wenn wir die Ursachen der Niederlagen finden wollen. Ob sich nicht in der Tatsache, daß die verschiedenartige Taktik, die in Deutschland, Italien und Oesterreich eingeschlagen wurde, dennoch zum gleichen Resultat führte, ein Versagen zeigt, das außerhalb der Ebene der Taktik liegt. Ob sich darin nicht eine Gesetzmäßigkeit ausdrückt, der die sozialistische Forschung noch nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet hat.

Aber selbst, wenn wir von diesen programmatischen Problemen des Nachkriegssozialismus absehen, bleibt die Frage, ob sich nicht hinter den taktischen Irrtümern, die Pertinax in der österreichischen Arbeiterbewegung und zahllose andere in der deutschen Arbeiterbewegung gesucht und gefunden haben, größere, grundlegendere Fragen der Parteitaktik verbergen, die in jenen nur ihren symptomatischen Ausdruck finden.

Koalitionspolitik, Oppositionspolitik, alles das und tausend andere Einzelerscheinungen der sozialistischen Taktik in der Nachkriegszeit scheinen uns nur Ergebnis bestimmter Perspektiven zu sein, von denen die einzelnen Arbeiterparteien, bewußt oder unbewußt, ausgingen.

Der Bolschewismus erwartete am Ausgang des Weltkriegs die soziale Revolution in Mitteleuropa. Nach ihrem Scheitern setzte er seine Hoffnungen auf die Demobilisierungskrise, auf die Ruhrbesetzung, auf die Inflation. Erst 1928 hat er die »relative Stabilisierung des Kapitalismus« anerkannt. Bis dahin sah er Mitteleuropa im »ersten Turnus der Revolutionen« begriffen, hielt er den bewaffneten Aufstand für die unmittelbare Aufgabe der mitteleuropäischen Arbeiterschaft. Diese Perspektive hat seine Taktik bestimmt, hat ihm vor allem die Spaltung notwendig, die Distanz von jeder Bindung an andere Parteien, selbst des Sozialismus, unentbehrlich erscheinen lassen.

Der Nachkriegs-Reformismus glaubte, soweit er überhaupt eine sozialistische Gesamtkonzeption besaß und nicht Politik ziellos als alltägliches Handwerk betrieb, einen langdauernden Aufstieg des Proletariats in einer sich neu zur Blüte entwickelnden kapitalistischen Wirtschaft voraussehen zu dürfen. Diese Perspektive diktierte ihm die Koalitionspolitik, in der er auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ständige Vorteile für die Arbeiterklasse, eine dauernde Hebung ihres Lebensstandards zu erzielen hoffte.

Der Austro-Marxismus hat beide dieser Perspektiven abgelehnt. Er hielt, nachdem die deutsche Revolution 1919 ihr vorzeitiges Ende

in einer kaum gesicherten bürgerlichen Demokratie gefunden hatte, unmittelbar bevorstehende revolutionäre Situationen für unwahrscheinlich. Er lehnte es aber andererseits auch ab, sich durch zu enge Bindungen an bürgerlich-demokratische Gruppen die Kampfmöglichkeiten in späteren revolutionären Situationen zu verschlechtern. Er rechnete nicht mit einer neuen langdauernden Blüteperiode des Kapitalismus, sondern erwartete für eine nahe Zukunft eine Phase rasch wechselnder politischer Konstellationen, in denen die Arbeiterklasse, wenn sie geeint und revolutionär entschlossen bleibe, die volle Macht erobern könne.

Diese Perspektive hat sich als richtig erwiesen. Als theoretisches Lehrgebäude hat sich der Austro-Marxismus, alles in allem, bewährt, während die reformistische wie die bolschewistische Perspektive durch die Tatsachen blutig widerlegt wurden; dieser in den hoffnungslosen Aufstandsversuchen bis 1923, jener in der Weltkrise und dem Faschismus. Und trotz seiner richtigen Perspektive ist der Austro-Marxismus als politische Bewegung geschlagen worden.

Aber er ist nicht — das weist Pertinax ausgezeichnet nach — an seinen eigenen Fehlern gescheitert. Trotz der Niederlage wagen wir es zu behaupten, daß die Ereignisse alles, was u. E. den wesentlichen Teil des Austro-Marxismus bildet, bestätigt haben. Die österreichische Sozialdemokratie wurde besiegt, weil die Entscheidung im mitteleuropäischen Raum nicht durch sie und am allerwenigsten durch sie allein bestimmt werden konnte. Tragische Illusion war es zu meinen, man hätte im kleinen Oesterreich die Bereitschaft zur revolutionären Offensive auch dann noch aufrechterhalten können, als im großen deutschen Nachbarland die braunen Fluten alle Dämme niederrissen. Daß damals die österreichische Sozialdemokratie nicht den Weg zurückfand, ist begreiflich; die Ergebnisse der Brüningschen Tolerierung waren Warnungszeichen; aber diese Verzögerung in der geistigen Umstellung auf die Tatsache, daß die revolutionäre Situation infolge der Ereignisse in Deutschland in der kleinen, schwachen, vom Faschismus umringten österreichischen Republik nicht allein revolutionär ausgenützt werden konnte, ist die tragische Schuld.

Vielleicht, wahrscheinlich liegt diese Schuld nur im Geistigen. Vielleicht, wahrscheinlich hätten die Ereignisse in Oesterreich, auch wenn diese Umstellung rechtzeitig erfolgt wäre, nach der Entscheidung in Deutschland ihren Lauf genommen, ohne daß sich wesentliches daran hätte ändern lassen. Aber wer wie wir an die Erneuerung der geistigen Grundlagen der Bewegung als Voraussetzung für ihre organisatorische Erneuerung glaubt, wird auch an solchen Problemen, denen der hoffnungslose Realpolitiker keine Bedeutung beizumessen vermag, nicht vorübergehen.

BUCHBESPRECHUNGEN

Julius Deutsch: Putsch oder Revolution? Verlagsanstalt »Graphia«, Karlsbad 1934, 50 Seiten. Preis Kč 8.—.

Die vorliegenden Randbemerkungen über Strategie und Taktik im Bürgerkrieg bieten ein Beispiel fruchtbarer Selbstkritik, gleichzeitig liefern sie

aber auch wertvolles Material zur Klärung der politischen Begriffe und taktischen Methoden in der heutigen Phase der Arbeiterbewegung. Deutsch geht von der Tatsache aus, daß in allen Ländern ernste und durchaus begründete Zweifel an den bisher angewandten Methoden des Kampfes in der Arbeiterbewegung aufgetaucht sind. Nach den Ereignissen in Oesterreich ist man in den Ländern mit alter, traditioneller Demokratie gegenüber den Methoden der Gewalt noch skeptischer geworden als bisher. Andererseits ist man jedoch in den Ländern, wo der Faschismus gesiegt hat, von der Unzulänglichkeit friedlicher Methoden überzeugt. Man neigt hier zu einer Ueberschätzung der Gewalt und wird vielfach dazu getrieben, alle anderen Kampfmethoden, selbst die ökonomischen, gering einzuschätzen und die Gewalt zu einem Fetisch zu erheben. So wird die Sozialistische Internationale heute von zwei einander entgegengesetzten Tendenzen zerrissen, die wenig geeignet erscheinen, die Einheit ihrer Aktion zu fördern.

Deutsch wendet in interessanter Weise die historisch-materialistische Methode auf die Entstehung dieser Tendenzen in der Arbeiterbewegung an. Er stellt fest, daß eine der Ursachen der Niederlage in den jetzt faschisierten Ländern das starre Festhalten an der Legalität gewesen ist. Wie entstand aber diese Tendenz? »Die Arbeitermassen standen auf dem Boden der Gesetzlichkeit, weil sie es nicht notwendig hatten, Gewalt anzuwenden ... Drei bis vier Generationen der Arbeiterklasse wuchsen in der Vorstellung heran, daß der Inhalt des proletarischen Kampfes sich in der Ausübung legaler Rechte erschöpfe, so daß sich die Anwendung von Gewalt erübrige. Weder geistig noch organisatorisch bereitete sich die Arbeiterklasse auf eine gewaltsame Auseinandersetzung vor, obgleich übrigens in den Reden und Schriften mancher ihrer Führer auch diese Möglichkeit sehr ernst erörtert wurde. Aber die Worte dieser Führer drangen solange nicht in das Bewußtsein der Massen, als die äußeren Ereignisse ihnen keine unmittelbare Aktualität verliehen.«

Ganz anders ist die Lage jetzt. Der Faschismus hat in Deutschland und Oesterreich den Boden des Rechtsstaates zertrümmert, die Gesetzlichkeit aufgehoben, die nackte Gewalt auf die Tagesordnung gesetzt. Als Reaktion darauf glaubt man jetzt vielfach *nur* an die Gewalt, mißachtet alle anderen Methoden des Klassenkampfes. Die Aufgabe ist daher, zwischen der Methode der Gewaltlosigkeit und der Ueberschätzung der Gesetzlichkeit auf der einen Seite und der blanquistischen Putschromantik auf der anderen Seite die richtige taktische Methode des proletarischen Befreiungskampfes zu finden.

Nach einer eingehenden Darstellung der Formen der proletarischen Wehrhaftigkeit, wie sie sich in Oesterreich entwickelte, versucht Deutsch die taktischen Richtlinien für die gewaltsame Auseinandersetzung des Proletariats mit dem Faschismus zu umreißen. Er hält nach wie vor an den Grundgedanken des Linzer Programms, der Wehrhaftigkeit des Proletariats und der Notwendigkeit, Gewalt mit Gewalt zu begegnen, fest. Er sieht aber die Begrenztheit der Möglichkeiten bei der Vorbereitung und Durchführung der bewaffneten Auseinandersetzung der Arbeiterklasse mit ihren Gegnern und warnt deshalb mit allem Nachdruck vor der Auffassung, daß die Revolution von einer

kleinen Minderheit der Arbeiterklasse durchgeführt werden könnte. Ein Putsch kann nicht die Revolution ersetzen, die proletarischen Wehrorganisationen können nur als ein Teil der gesamten proletarischen Bewegung unter ihrer Kontrolle erfolgreich wirken. Künstlich kann auch eine Offensiv-Ideologie nicht geschaffen werden, sie muß herauswachsen aus der gesamten historischen Situation, sie kann nur siegreich sein, wenn sie in einer revolutionären Situation getragen wird von einer ihrer Aufgaben bewußt gewordenen aktiven Arbeiterbewegung.

Außerordentlich wertvoll sind in der Broschüre von Deutsch seine Auseinandersetzungen mit den Kommunisten. Nach einer vernichtenden Abrechnung mit dem Dichter Ilja Ehrenburg, der in der russischen und deutschen kommunistischen Presse Unwahrheiten über den Bürgerkrieg in Oesterreich verbreitete, zieht Deutsch Parallelen zwischen den Kämpfen in Oesterreich und den revolutionären Aufständen im Frühjahr und Herbst 1917 in Rußland. Die von ihm angeführten Zitate aus den Schriften Lenins und Trotzkis zerstören die bolschewistische Legende, die um diese Aufstände gewoben wird, und beweisen die Grundlosigkeit und Perfidie der Angriffe, die jetzt von kommunistischer Seite gegen den heldenhaften Kampf der österreichischen Sozialdemokratie erhoben werden. Deutsch hätte diesen Teil seiner Darlegungen noch wirkungsvoller gestalten können, wenn er auf die wesentlichen Unterschiede zwischen der revolutionären Situation 1917 in Rußland und der konterrevolutionären Situation 1934 in Oesterreich ausführlicher eingegangen wäre.

Viator.

Jules Martov: Le bolchevisme mondial. Préface de J. Lebas. Introduction de Th. Dan. Traduit du russe par V. Mayer, Société d'editions »Nouveau Prométhée«, Paris 1934. 176 Seiten. Preis 8 f. fr.

Die vorliegende Schrift über den »Weltbolschewismus« ist eine Uebersetzung des russischen Werkes von Martov, das 1923, kurz nach seinem Tode, in Berlin herausgegeben wurde.

Es ist kein Akt historischer Pietät, wenn jetzt die aus dem literarischen Nachlaß Martovs veröffentlichte Schrift einem breiteren Publikum zugänglich gemacht wird. Es liegt vielmehr im praktischen Interesse der gesamten Arbeiterbewegung, wenn die Darlegungen Martovs über Demokratie, Diktatur, Bolschewismus usw. in die internationale Diskussion über diese Fragen mit einbezogen werden. Denn das, was Martov hierzu sagt, gehört zu dem Wertvollsten, was in der sozialistischen Literatur über diese Fragen zu finden ist.

Einige Kapitel des Buches sind bereits seinerzeit im »Sozialist« und in der »Gesellschaft« veröffentlicht worden und haben starke Beachtung gefunden. Aber erst in ihrer Gesamtheit zeigen die Ausführungen Martovs (obwohl sie leider nicht ganz abgeschlossen sind), die umfassende Konzeption des Autors, der die vom Bolschewismus aufgeworfenen Probleme einesteils in Verbindung bringt mit den verschiedenartigen Strömungen im modernen Sozialismus und den Grundlehren von Marx und Engels, und sie andernteils zu lösen sucht unter dem Gesichtspunkt der umwälzenden Wandlungen, die der Weltkrieg und die Krise des Weltkapitalismus gezeitigt haben.

In den ersten Abschnitten des Buches werden die politischen und psy-

chologischen Wurzeln des Bolschewismus, der als internationale Erscheinung gewürdigt wird, untersucht. Sein Maximalismus und sein naiver sozialer Optimismus stehen in Verbindung mit den Umwälzungen des Weltkrieges, die Millionenmassen von Menschen in soziale Gärung versetzt haben. Gleichzeitig hat die Krise des proletarischen Bewußtseins, verbunden mit der Spaltung der Arbeiterbewegung, die Kontinuität der sozialistischen Entwicklung unterbrochen und vielfach die Neigung gezeitigt, auf utopische, vormarxistische Lösungen zurückzugreifen.

Zu diesen Lösungen gehört in erster Linie die »Ideologie des Sowjetismus«, die von Martov eingehend untersucht wird. Ihre Parolen und Gedankengänge sind keineswegs neu, sondern gehen zurück auf die jakobinischen Strömungen in der französischen Revolution wie auf die Anfangsstufen der englischen und französischen Arbeiterbewegung. Sie sind auch nicht frei von syndikalistischen und anarchistischen Einschlägen, die in verschiedenen Ländern mit unentwickelter Arbeiterbewegung zur Geltung gekommen sind. In meisterhafter Weise schildert Martov, wie dieses Konglomerat der verschiedenartigsten Gedankengänge, vielleicht gegen den Willen der geistigen Führer der Bewegung, dank der Eigenart der russischen Revolution und der wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes im russischen »Sowjetismus« zum Durchbruch gelangte, weil nur mit seiner Hilfe die einmal errungene Macht einer revolutionären Minderheit behauptet werden konnte.

Aber die hieraus entstandene Diktatur ist nicht jene »Diktatur des Proletariats«, die Marx und Engels als Uebergangsstufe zum Sozialismus vorschwebte, sie ist nicht eine Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur über das Proletariat, behaftet mit allen Mängeln einer durch Bürokratie und Militär aufrecht erhaltenen Minderheitsherrschaft, die die Grundlagen der Demokratie vernichtet hat. Hier liefert Martov eine glänzende Analyse der Anschauungen, die Marx und Engels in der Frage der Diktatur des Proletariats vertreten haben, und weist nach, daß Lenin in seiner berühmten Programmschrift »Staat und Revolution« sich nur deshalb mit einem Schein von Berechtigung auf Marx' Darlegungen im »Bürgerkrieg in Frankreich« berufen konnte, weil gerade in dieser Schrift Unklarheiten enthalten sind, die sonst in den entsprechenden Aeußerungen von Marx zum Staatsproblem fehlen. Diese Darlegungen von Martov sind von höchstem theoretischem Interesse, da sie nicht nur den richtigen Kern der Marx-Engelsschen Auffassungen über Demokratie und Diktatur aufdecken, sondern es auch psychologisch verständlich machen, wie die geistigen Führer des Bolschewismus durch den Zwang der objektiven Verhältnisse zur Verfälschung und Umbiegung der Marx-Engelsschen Konzeption gelangen konnten.

In der jetzt wieder aktuell gewordenen Diskussion über die Diktatur des Proletariats und über die Wege der proletarischen Revolution kann gerade die Synthese, die Markov liefert, eine außerordentlich bedeutsame Rolle spielen. Sie ist das beste Vermächtnis, das Martov an der Schwelle der heraufziehenden europäischen Konterrevolution, die in den Faschismus mündete, der kämpfenden Arbeiterklasse hinterlassen hat.

Xenos.

Herausgeber: Ernst Sattler. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn. Druck: Graphia. Alle in Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 320.219/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.